



# FoodFirst

FIAN DEUTSCHLAND  
FÜR DAS MENSCHENRECHT  
AUF NAHRUNG

AUSGABE 1/2025

## Editorial

Liebe FIAN-Mitglieder, liebe Interessierte,

unser Freund und Kollege Mathias wurde kurz vor Weihnachten durch einen Unfall aus dem Leben gerissen. Unser tiefstes Mitgefühl gilt seiner Familie.

Schock und Trauer bei FIAN halten an. Wir erinnern uns an gemeinsame Erlebnisse, das jeweils letzte Gespräch. Mathias war keiner, der laut war oder die Bühne suchte. Aber wenn er etwas als ungerecht empfand, stand er auf und handelte – wie seit Jahren in der Menschenrechtsarbeit, vor allem zu Kambodscha. Hartnäckig, umsichtig und professionell hat er erfolgreich Fallarbeit gemacht, Akteure verknüpft und die Anliegen von Südpartnern nach Europa getragen. Selbstlos teilte er sein Wissen, in Notfällen war er schnell zur Stelle. Brauchte jemand einen Rat, nahm er sich Zeit. Und wenn es mal nicht so rund lief, heiterte er einen auf. Das alles fehlt nun schmerzlich.

Seine immense Wertschätzung als Mensch und verlässlicher Aktivist erfahren wir seit Wochen in mitfühlenden Nachrichten seiner Partner in Südostasien, von seinem Netzwerk in Deutschland, von beruflichen Weggefährten und FIAN-Mitgliedern. Wie geht es nun weiter? Mathias ist nicht zu ersetzen, aber wir wollen, wir müssen seine Arbeit fortsetzen. Das wäre in seinem Sinne. Mathias, Du bleibst unvergessen und tief in unseren Herzen.

Die erste FoodFirst-Ausgabe in diesem Jahr widmet sich der Agrarökologie. Ihr praxisorientierter Ansatz, der ökologische, soziale und wirtschaftliche Prinzipien miteinander verbindet, schafft eine nachhaltige Lebensmittelproduktion unter gerechten Bedingungen für Kleinbauer\*innen. Einkommen und Lebensbedingungen im ländlichen Raum werden verbessert und die biologische Vielfalt erhalten. Ein Weg, der Hoffnung macht.

Raphael Göpel, 2. Vorsitzender FIAN Deutschland, für Vorstand & Team



## Agrarökologie Globale Bewegung für ein gerechtes Ernährungssystem

### Weitere Themen im Heft:

Erste Entschädigungen im Kaweri-Fall; Internationales FIAN-Treffen; Fallarbeit in Tansania; Recherche Honduras; Junkfood und Übergewicht in Mexiko; Gesetz zum Schutz ländlicher Frauen in Kolumbien; Landkonzentration in Ostdeutschland; 500 Jahre Bauernkrieg; Aktivitäten im AK Dekolonial

## Zum Tod von Mathias Pfeifer: Ein paar Gedanken und Erinnerungen...

Über meine Arbeit zu Kambodscha lernte ich Mathias im Jahr 2015 erstmals persönlich kennen. Die Direktorin der Menschenrechtsorganisation LICADHO, Naly Pilorge, verwies mich an ihren Mitarbeiter, der die sogenannten *Social Land Concessions* (SLC) untersuchte. Als wir uns dann trafen, stellte sich schnell heraus: Er war super informiert und vernetzt, auch in die Kreise der Botschaft und GIZ hinein. Ich erbat dann eine Reise mit der deutschen Botschaft zu einer SLC. Als die von der GIZ vororganisierten Treffen mit den Betroffenen auf dem Land beendet waren, stand Mathias konspirativ und schmunzelnd im nahegelegenen Städtchen Kratie am Mekong bereit. Wir fuhren ein zweites Mal zu den Menschen, ohne Geleit der Geldgeber. So bekam ich ein völlig anderes Bild der Situation. Besonders erinnere ich mich an seine deutliche Zurückhaltung. Er kannte zwar die meisten Geschichten der Menschen, wollte mir aber nicht sagen, welche Familien ich interviewen sollte. Er wollte nicht, dass der Eindruck entsteht, er würde meine Befragungen beeinflussen.



So waren wir erstmals zusammen unterwegs. Seitdem standen wir im ständigen Kontakt. Bei meinen Gesprächen mit Mathias war ich immer besonders „nervös“, weil ich wusste, wie präzise und informiert er war. Das bedeutete für mich immer: doppelt gute Vorbereitung auf die Skype-Telefonate. Als er dann nach Deutschland zurückkam, rief mich Naly an und schwärmte von seinem Charakter und seinen Fähigkeiten: „Stellt den bloß ein, er ist ein Diamant!“, waren ihre Worte.

Wir hatten erst kein Geld dafür, aber irgendwie hatte es dann doch geklappt. Ich war übergücklich, dass wir Mathias für uns gewinnen konnten. Für mich wurde er zu einem zentralen Kollegen im Team und auch ganz bedeutend für die Teamatmosphäre. Er fehlt!

*Roman Herre*

## Michael Krennerich: FIAN-Beiratsmitglied verstorben

Kurz vor Jahresende ist unser langjähriges Beiratsmitglied Prof. Dr. Michael Krennerich gestorben. Michael hatte FIAN wesentlich geholfen, die Tür zu den UN-Menschenrechtsgremien zu öffnen. Auch über das Forum Menschenrechte, in dessen Koordinationskreis er viele Jahre mitwirkte, gab es eine enge Kooperation. Michael hatte sich 2012 mit einer Arbeit zu den Sozialen Menschenrechten habilitiert. Stets war es ihm ein Anliegen, deren Gleichrangigkeit zu den bürgerlichen und politischen Rechten herauszuarbeiten.

FIAN-Referentin Gertrud Falk war eine der Rednerinnen auf der Trauerfeier in Nürnberg: „Michael war unschätzbar für unsere Arbeit – als Wissenschaftler, als Unterstützer, als Mensch. Wir fühlten und fühlen uns auch weiterhin mit ihm besonders verbunden. In seiner Rede zu unserem 30jährigen Bestehen formulierte er es so: ‚FIAN war damals eine kleine Aktivist\*innengruppe, die sich allein auf weiter Flur für das Recht auf Nahrung einsetzte und dafür bestenfalls belächelt wurde.‘ Dass wir aus den Kinderschuhen zu einer internationalen Menschenrechtsorganisation herangewachsen sind, haben wir wesentlich auch ihm zu verdanken.“

In einem Kondolenzschreiben an die Familie schrieb Philipp Mimkes: „Michael war nicht nur Wissenschaftler, sondern auch ein leidenschaftlicher und unerschrockener Kämpfer für die Durchsetzung von Menschenrechten. Wann immer wir ihn um einen Gastbeitrag, einen Vortrag oder eine inhaltliche Einschätzung gebeten haben, war er ausnahmslos zur Stelle. Wir bei FIAN verlieren nicht nur ein sehr aktives Beiratsmitglied, sondern vor allem einen humorvollen, freundlichen, engagierten und stets hilfsbereiten Berater und Freund.“



## International Council mit 15 FIAN-Sektionen

Britta Schweighöfer und Philipp Mimkes nahmen Ende November am fünftägigen Treffen der FIAN-Sektionen in Portugal teil. Wegen COVID lag das letzte Council bereits sieben Jahre zurück. Das Internationale Sekretariat hat seitdem eine Finanzkrise und einen Abbau der Kapazitäten erlebt, so dass in Heidelberg für Fallarbeit und den Austausch zwischen den Sektionen kaum noch Kapazitäten bestehen. Auch Sektionen wie FIAN Österreich stehen unter existentiellstem Druck. Zugleich sind erfreulicherweise viele Südsektionen deutlich stärker aufgestellt als zuvor: Sambia und Uganda haben jeweils fünf Beschäftigte, Burkina Faso acht, Brasilien und Kolumbien sogar jeweils rund 15. Und auch rein ehrenamtlich arbeitende Sektionen sind oft eine anerkannte Stimme im jeweiligen Land, zum Beispiel Portugal, Mexiko und Norwegen. Bei den Vorstandswahlen gab es wenige Änderungen: Priscilla Claeys, mit der wir zum Maasai-Fall eng kooperieren, bleibt erste Vorsitzende. Stellvertreterin ist weiterhin Juana Camacho aus Kolumbien. Auch Chris Mbazira aus Uganda bleibt im Vorstand. Mit Danya Nadar aus Ägypten gibt es erstmals eine Vertreterin der „MENA-Region“. Größte Neuerung ist, dass Ana María Suárez Franco vom Genfer Büro die Nachfolge der langjährigen Generalsekretärin Sofia Monsalve antrat. Mit beiden verbindet uns eine enge vertrauensvolle Beziehung.

Viel Raum nahm die Diskussion des neuen Strategieplans ein. Neu hierin ist das Thema „Recht auf Nahrung in Konflikten und Krieg“. Auf Initiative der Sektionen in Lateinamerika wurde ein Passus zu „Risiken durch die Narco-Wirtschaft“ ergänzt. Das nächste Treffen wird 2027 in Lusaka stattfinden und damit erstmals in Afrika.



## Entschädigung für Vertriebene der Kaweri-Plantage

24 Jahre nach ihrer gewaltsamen Vertreibung haben nun erstmalig 54 Betroffene eine Entschädigung vom ugandischen Staat erhalten. Im August 2001 hatte die ugandische Armee vier Dörfer im Bezirk Mubende dem Erdboden gleichgemacht, weil die Regierung das Land zuvor dem Tochterunternehmen der Neumann Kaffee Gruppe verpachtet hatte. Seit 2002 fordern die Vertriebenen in einem Gerichtsverfahren eine Wiedergutmachung. FIAN unterstützt sie seit 2003.

Im Februar 2022 haben 258 Kläger\*innen im Rahmen einer gerichtlichen Mediation ein Angebot auf Entschädigung angenommen, obwohl dieses nur dem Geldwert ihres zerstörten

Besitzes zum Zeitpunkt der Vertreibung entspricht. Erst jetzt haben die ersten 54 die zugesagten Beträge erhalten. Das Gerichtsverfahren der übrigen 143 Kläger\*innen wird weiter verschleppt. „Die Entschädigungszahlungen sind ein Erfolg, doch zugleich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Noch immer warten 80 Prozent der Vertriebenen auf Wiedergutmachung. Zugleich ist es beschämend, dass sich Neumann Kaffee nicht an der Entschädigung beteiligt und sich bei den Vertriebenen bis heute nicht entschuldigt hat“, kommentiert FIAN-Referentin Gertrud Falk.

## FIAN-Aktiventreffen: Austausch, Impulse und neue Perspektiven

Am 25. Januar kamen 20 Mitglieder aus den FIAN-Lokalgruppen und Multiplikator\*innen in der Jugendherberge Köln zusammen – eine Mischung aus langjährigen Engagierten und neuen Gesichtern. Für viele war es ein herzliches Wiedersehen, für andere eine Gelegenheit, erstmals in die lebendige FIAN-Community einzutauchen.

Zu Beginn standen die aktuelle Fallarbeit sowie politische Entwicklungen im Fokus: Teilnehmende konnten sich über Fortschritte informieren und neue Impulse für ihr Engagement mitnehmen. In den Inputs ging es um neue Bildungsmethoden, Lieferkettengesetze und den Treaty-Prozess – Themen, die für angeregte Diskussionen sorgten.

Besonders lebendig wurde es in den Open Spaces: Hier diskutierten die Teilnehmenden über zentrale Zukunftsfragen – vom Recht auf Nahrung in Deutschland, Zugang zu migrantischen Zielgruppen bis hin zur neuen Strategie von FIAN International. Das offene Format bot Raum für Ideen, Vernetzungen und intensive Gespräche. Am Ende stand die Erkenntnis: Das



Aktiventreffen verbindet Wissen mit Austausch und eröffnet neue Perspektiven für das gemeinsame Engagement.

# Agrarökologie und das Recht auf Nahrung: Warum wir sie zusammendenken sollten

von Jan Dreier und Stig Tanzmann

**Agrarökologie ist in erster Linie Praxis und soziale Bewegung. Sie vereint ökologische Prinzipien mit sozialer Gerechtigkeit und steht für eine Selbstermächtigung von unten nach oben. Das Recht auf Nahrung ist ein völkerrechtlich verbrieftes Menschenrecht. Es verpflichtet Staaten zur Umsetzung. Die größte Kraft für die Bekämpfung von Hunger und Ernährungsarmut entfalten die beiden Konzepte, wenn sie miteinander in Beziehung gesetzt werden.**

Erfolgreich hat die Zivilgesellschaft das Schlagwort Agrarökologie in den Diskurs bis in die Regierungsebene hinein gesetzt. Doch was ist Agrarökologie eigentlich? Worin liegt der Unterschied zum Ökolandbau? Warum ist das Konzept weltweit so wichtig für soziale Bewegungen? Und in welchem Verhältnis steht es zum Recht auf Nahrung?

## Agrarökologie: Ein Geschichts-Crashkurs

Die Wurzeln der Agrarökologie als Bewegung liegen im kollektiven Widerstand gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft. Ab den späten 1950er Jahren wurde das Konzept der Grünen Revolution mit großem Aufwand weltweit verbreitet. In Kooperation mit Agrarkonzernen und mächtigen Geldgebern wie der Rockefeller- und Ford-Stiftung trieben insbesondere die USA den massiven Einsatz von Industriesaatgut, -düngemitteln und -pestiziden voran. Um sich diese Betriebsmittel leisten zu können, verschuldeten sich Bäuer\*innen überall auf der Welt. Ausgelaugte Böden, die Abhängigkeit von Chemikalien und eine nicht endende Spirale der Verschuldung treibt auch heute noch jeden Tag Bäuer\*innen dazu, sich das Leben zu nehmen. Die Agrarökologie ist die weltweite Erfolgsgeschichte derjenigen, die sich gegen dieses System behaupteten. Eines der ersten Beispiele war die *Campesino a Campesino* Bewegung aus Guatemala. Als Reaktion auf den immer fester werdenden Griff der Agrarindustrie organisierten sich in den frühen 1970er Jahren Kaqchikel Maya, um traditionelle Praktiken wiederzubeleben. Sie errichteten Demonstrationsbeete und teilten neue Erkenntnisse miteinander. Dazu gehörte die Herstellung ökologischer Düngemittel und die Diversifizierung des Anbaus durch alte Sorten. Die Erträge stiegen, Gewinne erhöhten sich. Dadurch gelang es den Kaqchikel, verloren gegangenes Land zurückzukaufen und untereinander aufzuteilen. Aufgrund staatlicher Repression flüchteten viele von ihnen in andere Länder Mittelamerikas, wo sie ihre Bewegung verbreiteten. Ihre Organisationsfähigkeit und selbstermächtigende Pädagogik machen die Bewegung heute zum lebendigen Sinnbild für eine andere Art des Zusammenlebens.

## Die unbequeme Vielfältigkeit der Agrarökologie

In allen Regionen der Welt finden sich Beispiele für Agrarökologie: Schulgärten in Uganda, durch die junge Menschen traditionelle Lebensmittel erhalten; Eco-Swaraj-Gemeinschaften in Indien, in denen Frauen durch Selbsthilfegruppen traditionelle Saatgutsorten wiedereingeführt und ihre Rolle in lokalen Entscheidungsprozessen gestärkt haben; oder solidarische Landwirtschaft, genossenschaftliche Supermärkte und Ernährungsräte, zum Beispiel in Brasilien oder Europa.

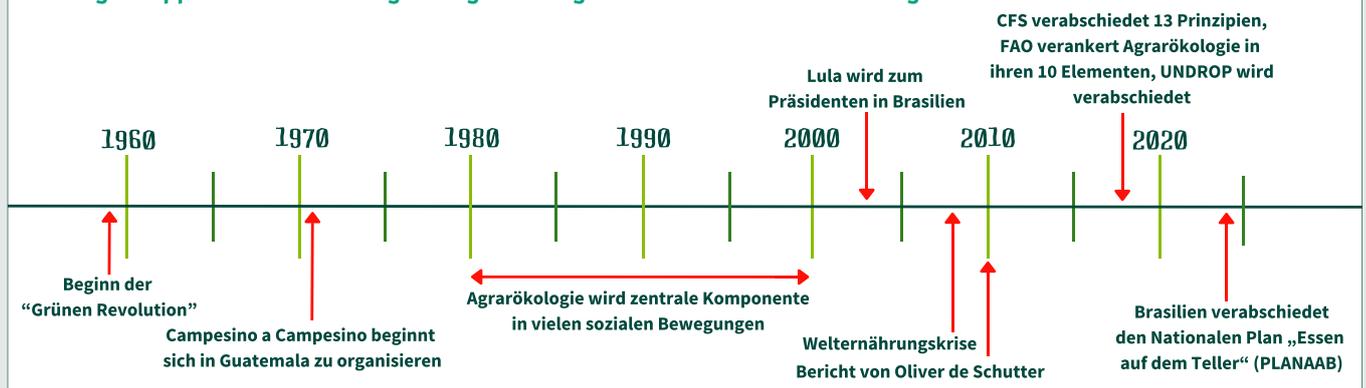
Wir halten also fest: Ja, bei der Agrarökologie geht es darum, von einer chemisch industriellen Landwirtschaft zu einer Nahrungsproduktion zu kommen, die auf ökologischen und lokalen Kreisläufen basiert. Aber es geht um noch viel mehr: um soziale Gerechtigkeit und Teilhabe; um ökologische, wirtschaftliche, kulturelle und politische Innovation; darum, wie Menschen sich auf verschiedenste Weise selbstbestimmt organisieren, um sich und andere mit gesunder Nahrung zu versorgen. Mit anderen Worten: Agrarökologie ist ein gelebtes Konzept, wie wir gemeinsam unsere Ernährungssysteme von unten nach oben umgestalten können, um lokal und global Machtungleichheiten auszugleichen und gerechtere Systeme menschlichen Zusammenlebens zu schaffen.

## Agrarökologie und Recht auf Nahrung finden zueinander...

In den 1980er und 90er Jahren nahmen immer mehr soziale Bewegungen Agrarökologie als zentrales Konzept an. Staaten waren dabei eher Hindernis als Beförderer. Ein allmähliches Umdenken kam erst mit der Welternährungskrise 2008, als der Weltagrarbericht (IAASTDD) unter starken agrarökologischen Bezügen wissenschaftlich klar machte, dass ein weiter-so keine Option sein würde.

Darauf aufbauend setzte Olivier de Schutter, ex-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, mit seinem Bericht für den UN-Menschenrechtsrat 2010 einen Meilenstein für die Integration von Agrarökologie und dem Recht auf Nahrung. Er belegte, dass agrarökologische Ansätze die Versorgung mit

### Wichtige Etappen der Annäherung von Agrarökologie und dem Recht auf Nahrung



gesunden Nahrungsmitteln in vielen Erdregionen gegenüber der konventionellen Landwirtschaft stark verbessert haben. Und weil das Recht auf Nahrung Staaten dazu verpflichtet, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, dass ihre Bürger\*innen sich angemessen ernähren können, ergab sich für de Schutter eine klare menschenrechtliche Schlussfolgerung: Die Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für die Agrarökologie gehört zu den staatlichen Pflichten in Bezug auf das Recht auf Nahrung.

### ... und kommen zusammen

Der Bericht gab der Agrarökologie auf UN-Ebene starken Aufwind und kulminierte 2018 in der Veröffentlichung der 13 gemeinsamen Prinzipien der Agrarökologie durch das Expert\*innengremium des Welternährungsausschuss (CFS). Im gleichen Jahr wurde Agrarökologie durch die 10 Elemente der FAO in den Vereinten Nationen verankert. In diesen zeigt sich die Harmonie zwischen Agrarökologie und dem Recht auf Nahrung. Denn einige ihrer wichtigsten Prinzipien haben die beiden Konzepte gemeinsam. Dazu gehören vor allem der Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut für diejenigen, die von der Nahrungsmittelproduktion leben, sowie die Teilhabe in Entscheidungsprozessen. Seit 2018 wird Agrarökologie stets in die Beschlüsse des CFS integriert.

2018 markiert auch das Jahr eines zweiten wichtigen Ereignisses: Die Verabschiedung der UN-Kleinbäuer\*innenerklärung UNDROP. Diese basiert auf dem Recht auf Nahrung und wurde nach 17 Jahren Verhandlungen durch soziale Bewegungen erstritten. Sie ist das erste UN-Instrument, das völkerrechtlich festhält, was De Schutter 2010 für die Staatenpflichten schlussfolgerte. Damit ist die UNDROP völkerrechtliche Grundlage und gleichzeitig Mittel der agrarökologischen, rechtbasierten Transformation unserer Ernährungssysteme.

### Brasilien macht's vor!

Mit der ersten Präsidentschaft von Lula da Silva begann 2003 ein neues Zeitalter der Ernährungspolitik. Bezüglich des Prinzips der sozialen Teilhabe gehörte die Wiedereinführung und Stärkung des nationalen Ernährungsrats CONSEA zu den wichtigsten Maßnahmen. Der CONSEA ist heute das wichtigste Beratungsgremium des Präsidialbüros zu Ernährungsfragen und besteht zu zwei Dritteln aus Delegierten der Zivilgesellschaft und zu einem Drittel aus Regierungsvertreter\*innen. Der Ernährungsrat agiert auf lokalem, regionalem sowie nationalem



Campesinos: Kaqchikel Maya aus Guatemala schufen die Campesino a Campesino Bewegung (Foto: Steve Richards, CC BY 2.0)

Level und ist Brasiliens wichtigster Treiber rechtbasierter Politikansätze.

Zu den Paradebeispielen der Umsetzung des Rechts auf Nahrung bei gleichzeitiger Stärkung der Agrarökologie zählen die Programme der öffentlichen Nahrungsmittelbeschaffung, die vom CONSEA eingefordert wurden. Durch die Programme erwirbt der Staat Nahrungsmittel von agrarökologisch ausgerichteten Kleinbetrieben und verteilt diese mittels sozialer Einrichtungen und staatlicher Institutionen wie Schulen, Krankenhäusern und Pflegeheimen. Das Schulverpflegungsprogramm verpflichtet Kommunen, mindestens 30 Prozent der vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel für die Nahrungsbeschaffung von Kleinbetrieben einzusetzen. Darüber hinaus erhalten alle Schüler\*innen ein kostenloses Mittagessen. Durch diesen Hebel der Gemeinschaftsverpflegung schaffte Brasilien es, die Hungerzahlen drastisch zu senken und dabei gleichzeitig die Einkommen vieler Kleinbäuer\*innen, die von der Abnahmegarantie profitieren, zu erhöhen.



Agrarökologie ist mehr als „nur“ Öko

Zum Welternährungstag im Oktober 2024 führte die Regierung ein weiteres Programm ein: Den Nationalen Plan „Essen auf dem Teller“ (PLANAAB). Dessen Grundprinzipien sind das Recht auf Nahrung, Ernährungssouveränität und die agrarökologische Transformation. Vorgesehen sind beispielsweise die Anzahl lokaler Märkte zu erhöhen, Agroforstsysteme auszubauen, traditionelle Saatgutssysteme zu stärken und die Fläche für den Anbau von Grundnahrungsmitteln durch Kleinbäuer\*innen zu vergrößern.

Die vielfältigen Beispiele aus aller Welt führen uns vor Augen, dass Agrarökologie etwas ist, von dem wir alle ein Teil werden können. Und: Basierend auf dem Völkerrecht können wir vom Staat einfordern, dass er uns dabei den Rücken stärkt. Brasilien zeigt, wie das funktionieren kann. Zeit, dass die anderen Staaten nachziehen! Der agrarpolitische Dialog zwischen Brasilien und Deutschland ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

*Jan Dreier ist Referent für das Recht auf Nahrung bei FIAN Deutschland. Stig Tanzmann ist Referent für Landwirtschaft bei Brot für die Welt.*

## Honduras: Mit Agrarökologie für Ernährungssouveränität und gegen den Klimawandel

von Almudena Abascal

**Im Jahr 2020 initiierte FIAN Honduras ein Projekt zur Förderung agrarökologischer Produktionsmodelle, um die Folgen des Klimawandels in der Gemeinde Dos Quebradas zu mildern und gleichzeitig ihre Ernährungssouveränität zu verwirklichen. FIAN Deutschland hat die Gemeinde nun besucht und sich über die Erfahrungen vor Ort informiert.**

Die Gemeinde Dos Quebradas liegt etwa 45 Minuten von den Maya-Ruinen in Copán entfernt, im Norden von Honduras an der Grenze zu Guatemala. Der Name der Gemeinde ist auf ihre geografische Lage in einem Tal zurückzuführen, das von zwei Bächen durchquert wird. Derzeit leben dort 22 Familien, meist Maya-Chortí, die vor vier Jahren mit der Umstellung ihrer Anbau- und Ernährungspraktiken begonnen haben.

Der *Global Climate Risk Index* stuft Honduras 2019 als das Land ein, das weltweit am zweitstärksten von extremen Wetterereignissen betroffen ist. Große Teile des Landes sind auf die damit einhergehenden Gefahren jedoch mangelhaft vorbereitet. In der Folge nehmen Hunger und Armut zu. Die Antwort darauf ist die Agrarökologie: organische Stoffe in den Böden binden Kohlendioxid. Sie haben die Fähigkeit, Regenwasser zu speichern – was gegen die häufige Trockenheit hilft – und ermöglichen die Erzeugung gesunder und nahrhafter Lebensmittel.

### Subsistenzlandwirtschaft gewährleistet

In Zeiten von Dürre war der Anbau in Dos Quebradas zuvor praktisch unmöglich. Eine der ersten Maßnahmen des Projekts war daher der Bau von drei Wassertanks, die mittels eines selbst gebauten Kanalisations- und Bewässerungssystems genutzt werden. Dies erlaubt der Gemeinde, ihre Anbauprodukte zu diversifizieren und das ganze Jahr über zu arbeiten. Für die Sommermonate, in denen die Bäche manchmal austrocknen, ist der Bau eines kleinen Staudamms geplant.

Die Kleinbäuerin Telma zeigt uns stolz ihren kleinen Gemüsegarten, in dem sie Koriander, Knoblauch, Zwiebeln und Bananen anbaut. Darüberhinaus bereiten sie und ihre Nachbar\*innen sich auf die Milpa-Ernte im Mai vor, die eine ihrer wichtigsten Nahrungsquellen ist. Die „Milpa“ ist ein Landwirtschaftssystem, das von den Maya in Mittelamerika seit vielen Jahrhunderten betrieben wird. Dabei werden hauptsächlich Mais, Bohnen und Kürbisse angebaut.

Ramón erhielt so wie die weiteren Familien in Dos Quebradas zu Beginn des Projekts von FIAN Honduras 30 kreolische Hühner. Deren Nachkommen wuseln auf der Suche nach Körnern und Würmern überall herum. Zudem gibt es Hähne und Enten, Kühe und einige Schweine. Alles, was sie anbauen und aufziehen,

ist für den Eigenbedarf oder für den Verkauf innerhalb der Gemeinschaft bestimmt. Der Zugang zu Märkten wird durch den schlechten Zustand der Straßen erschwert, die bei Regenfällen unterspült werden. Dies erschwert auch den Zugang zu Gesundheitszentren, weswegen sich manche sogar in Chiquimula, der nächstgelegenen Stadt in Guatemala, behandeln lassen. Deshalb ist die Verbesserung der Straßen eine der wichtigsten Forderungen an die lokalen Behörden.



Ramón und Ismael aus Dos Quebradas

### Chemiefrei und mit traditionellem Saatgut

Juan Carlos zeigt uns stolz seinen Maniok-, Ananas- und Zitronenanbau und erzählt, wie sich die Qualität des Bodens und der Geschmack der Lebensmittel verbessert haben, seitdem sie keine Pestizide mehr einsetzen. Mit Hilfe von Merlin, einem Biobauern und Mitglied von FIAN Honduras, der sie bei der Umstellung auf Agrarökologie begleitet, haben sie gelernt, organische Abfälle zur Herstellung eigener Düngemittel zu verwenden. Durch den Erfahrungsaustausch haben sie ihre Techniken verbessert, was sich in der Qualität ihrer Produkte niederschlägt. Juan Carlos nächstes Ziel ist es, seine Bio-Kaffeeernte zu vermarkten. Zu diesem Zweck lässt er sich von Merlin beraten, der seinen Kaffee schon seit Jahren auf den Märkten der Region verkauft.

Schließlich erreichen wir das „Haus des Saatguts“ (*Casa de las Semillas*), das vor einem Jahr eingeweiht wurde. Hier werden nicht nur Saatgut und Getreide für Notsituationen gelagert. Es dient auch als Ort für Versammlungen und Feste. Im Notfall könnten sich die Familien mindestens drei Monate lang mit den Vorräten versorgen.

Am Ende unserer Tour wartet María, Ramóns Frau, mit Hühnerbrühe und frisch zubereiteten Tortillas. Beim gemeinsamen Essen wird deutlich, dass die Agrarökologie nicht nur den Respekt vor der Natur und die Ernährungssouveränität gewährleistet, sondern durch den Austausch von Saatgut und die Zusammenarbeit bei der Produktion auch Solidarität, Verantwortung und Empathie fördert. Man kann spüren: Die kollektive Identität ist stark in Dos Quebradas. Und damit auch die Kraft, den Auswirkungen des Klimawandels standzuhalten.



Das Gemeindehaus Casa de las Semillas

## Panafrikanische Konferenz stellt Weichen für die Zukunft

von Jan Dreier

**Auf dem afrikanischen Kontinent feiert die Agrarökologie große Erfolge. In vielen Ländern werden zwischen Zivilgesellschaft und Regierungen nationale Strategien erarbeitet. Immer mehr Bäuer\*innen wenden agrarökologische Praktiken an. Ein fruchtbarer Boden, auf dem die Ernährungswende weiter vorangetrieben wird.**

Vom 11. bis 14. Februar kamen in Sagana (Kenia) Vertreter\*innen aus über 20 afrikanischen Ländern zusammen, um einen gemeinsamen agrarökologischen Weg einzuschlagen. Kleine Nahrungsmittelproduzent\*innen, NGOs und Wissenschaftler\*innen tauschten sich über ihre Erfahrungen im Feld sowie auf politischer Ebene aus und bauten darauf neue Strategien auf. FIAN nahm an der Konferenz teil.

### Erfahrungen aus der Praxis

Um Kosten zu sparen und um die von chemischen Düngemitteln und Agrargiften ausgelaugten Böden wiederherzustellen, führt der Weg zur Agrarökologie für viele über die eigenständige und kostengünstige Produktion von Bio-Dünger und -Pestiziden. Verwendet wird, was der eigene Acker hergibt. Beispielsweise organisiert die preisgekrönte Jugendorganisation EcoImpact aus Togo Workshops für Junglandwirt\*innen zur Herstellung von Bokashi – eine einfache und lokal anpassbare Methode zur Wiederbelebung von Böden unter Nutzung von Mikroorganismen und Fermentation. Das hinzugewonnene Wissen über Techniken wie diese hat viele junge Menschen dazu bewegt, ihre Zukunft in der Landwirtschaft zu bestreiten – entweder als Landwirt\*innen oder als spezialisierte Hersteller von Bio-Dünger, Pflanzen- oder Insektenschutz.

Auch unzählige erfahrene Landwirt\*innen haben den Umstieg geschafft. Zentral für die Verbreitung der Agrarökologie sind Trainingszentren, wie sie beispielsweise vom südafrikanischen Trust for Community Outreach and Education betrieben werden. Dort werden auf Demonstrationsbeeten Methoden zur Nachahmung vorgestellt und Austauschtreffen zwischen Bäuer\*innen organisiert. Die Erfolge ihrer Kolleg\*innen bewegen viele Bäuer\*innen dazu, die Agrarökologie für sich als Praxis anzunehmen.



Der Bio-Dünger Bokashi lässt sich einfach und günstig herstellen

### Politikerfolge für Agrarökologie

Der Ort der Konferenz war nicht zufällig gewählt. Das Muranga County, in dem sich Sagana befindet, war die erste Verwaltungseinheit Kenias mit einer Agrarökologiestrategie. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Biodiversity and Biosafety

Association (BIBA) nutzten den vorhandenen politischen Willen und holten Kommunalvertreter\*innen, NGOs und Bäuer\*innen an einen Tisch. Nach Muranga entwickelten acht kenianische Bezirke entsprechende Strategien, die schließlich in einer nationalen Agrarökologiestrategie mündeten.

Die Kampagne „My Food is African“ der African Alliance for



EcoImpact: junge Menschen lernen voneinander agrarökologische Methoden

Food Sovereignty (AFSA) zelebriert die Jahrtausende alten und unbeschreiblich vielfältigen Traditionen rund um die Produktion, Zubereitung und kulturelle Bedeutung von Nahrung in Afrika. Nicht nur hat die Kampagne bei jungen Menschen den Stolz auf die eigene Nahrungskultur erhöht. Auch Regierungsvertreter\*innen erkennen, wie wichtig es ist, die nationale Ernährungssouveränität durch Agrarökologie zu stärken und die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten zu reduzieren. Senegal macht als eines der ersten Länder einen wichtigen Schritt und gibt 10 Prozent seines Agrarbudgets für die Agrarökologie aus. Die Konferenzteilnehmenden erkennen dies lobend an, fordern für die Erfüllung der Staatenpflichten bezüglich des Rechts auf Nahrung aber die Erhöhung des Agrarbudgets für Agrarökologie auf mindestens 50 Prozent.

### Momentum nutzen!

Um an diese Erfahrungen und Erfolge anzuknüpfen, haben die Teilnehmenden vier Themenschwerpunkte identifiziert, die in Arbeitsgruppen künftig weiter beackert werden sollen. Erstens: Die partizipatorische Dokumentation der vielfältigen Erfolgsbeispiele und deren Nutzung. Zweitens: Der weitere Ausbau des Erfahrungs- und Wissensaustausches zwischen Bäuer\*innen sowie die Integration von Agrarökologie in Schul- und Universitätscurricula. Drittens: Die politische Stärkung von indigenen und bäuerlichen Saatgut- und Viehhaltungssystemen. Und schließlich: Das Aufziehen einer panafrikanischen Kampagne für Agrarökologie, über die die Praxis- und Politikebene stärker miteinander vernetzt werden sollen.

Die Teilnehmenden der Konferenz sind sich einig: Wenn Bäuer\*innen, Wissenschaft, NGOs und andere ihr Wissen und ihre Expertise konsequent bündeln, kann die Agrarökologie zum dominierenden Konzept für Afrikas Ernährungssysteme werden.

## Agrarökologische Ansätze: Eine kritische Analyse am Beispiel Tansania

von Nadja Ahmad

**Agrarökologie verkörpert eine ganzheitliche bäuerliche Gegenbewegung zu den von Konzernen gesteuerten kapitalistischen Lebensmittelsystemen. Sie basiert auf drei Ansätzen – der Praxis, der Wissenschaft und der sozialen Bewegung. Wenn alle drei Ansätze einbezogen werden, gilt sie am erfolgreichsten.**

Agrarökologie steht jedoch auch in der Kritik. Das Konzept sei zu komplex, arbeits- und wissensintensiv und könne nicht mit dem Produktionsniveau der konventionellen Landwirtschaft mithalten. Neben Fallstudien von erfolgreicher Umsetzung agrarökologischer Ansätze weisen Forschungen auch darauf hin, dass Spannungen innerhalb der Ansätze eine Umsetzung erschweren können. Um solche Spannungen zu identifizieren, haben wir mit Kleinbäuer\*innen von Entwicklungsprojekten und Mitarbeiter\*innen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Kleinbauernverbänden in den Southern Highlands von Tansania gesprochen.

### Die Southern Highlands Tansanias

Das Gebiet umfasst die Regionen Iringa, Mbeya, Rukwa und Ruvuma. Es ist eine wichtige landwirtschaftliche Gegend, die knapp die Hälfte der Maisproduktion Tansanias liefert. In Tansania werden circa 85 Prozent der Anbauflächen von Kleinbäuer\*innen genutzt, die in erster Linie Subsistenzlandwirtschaft betreiben.

Die Agrarpolitik erschwert eine Umstellung auf Agrarökologie, da das tansanische Agrarsystem von der Grünen Revolution geprägt ist. Subventionen für synthetische Düngemittel und Hybridsaatgut sowie eine großflächige Intensivierung begünstigen vor allem Agrarkonzerne und Großbetriebe. Kleinbäuer\*innen geraten vielfach in Abhängigkeit und ersetzen nährstoffreiche Pflanzen durch lukrative *cash crops*. Diese Faktoren verschärfen insbesondere Mangelernährung, welche in den Southern Highlands stark ausgeprägt ist.



Am Hang gelegene Felder für Bananen, Bohnen, Kohl und Kartoffeln

### Stimmen zu Hindernissen für agrarökologische Ansätze

Durch Interviews im Kontext von Entwicklungsprojekten und Literaturanalysen konnten 18 Hinderungsgründe gefunden werden, die eine Umsetzung agrarökologischer Ansätze erschweren. Diese umfassen Schwierigkeiten wie fehlende ökologische Betriebsmittel, geschlechtsspezifische Ungleichheit, schwieriger Marktzugang, mangelnde Überzeugung aufgrund fehlender Informationen etc. In Gesprächen mit NROs und

Kleinbäuer\*innen wurde deutlich, dass viele der Agrarökologie kritisch gegenüberstehen, weil ihnen bei ihrer täglichen Arbeit Herausforderungen dieser Ansätze begegnen. Gleichzeitig sind sie der Ansicht, dass nicht alle identifizierten Hinderungsgründe die Umsetzung der Agrarökologie oder die Lebensweise der Bäuer\*innen beeinträchtigen. Es ist jedoch wichtig, sich gezielt mit den (wahrgenommenen) Schwächen der Agrarökologie auseinanderzusetzen, um ihre Weiterentwicklung voranzutreiben.



Auf dem Weg zu den Feldern

### Landwirtschaftliche Praxis

Zu den agrarökologischen Praktiken gehört beispielsweise die Kompostproduktion. Diese ist besonders zeitaufwendig und arbeitsintensiv, zum Beispiel das Anlegen der Kompostgruben. Bäuer\*innen berichten auch, dass „Kompostdünger auf nahegelegenen Feldern oder Gärten verwendet wird und chemischer Dünger, meist in einer Sprühflasche erhältlich, auf weit von den Häusern entfernten Feldern eingesetzt wird. Es ist schwierig, Kompostdünger zu den weit entfernten Feldern zu transportieren“.

### Langfristige Perspektive

Chemische Inputs können zwar kurzfristig Erträge steigern, führen aber zu Problemen wie Bodendegradation und Verlust der Artenvielfalt, was langfristig höhere Kosten verursacht. Ein Wandel in der Landwirtschaft, die tief in Traditionen verwurzelt ist, erfordert Überzeugungsarbeit, Zeit und schrittweise Veränderungen durch Ausbildung, praktische Demonstrationen und Vertrauen, wobei auch der Landbesitz eine Rolle spielt. Kurzfristige Pachtverträge verringern die Bereitschaft zur Investition in Verbesserungen. Ein Gesprächspartner erklärte, dass „Agrarökologie typischerweise eine Zehn-Jahres-Perspektive hat, bei der man den Boden wirklich mit organischem Material anreichern kann und erst nach zwei oder drei Jahren erste Ergebnisse erhält.“

### Fehlende Investitionen

Weitere Probleme sind unzureichende Forschung und fehlende Dokumentationen zur Wirksamkeit und Skalierbarkeit von

Agrarökologie. So betonen NRO-Mitarbeiter\*innen, dass die Agrarökologie „besser kommuniziert, besser erforscht, besser erprobt und besser kontextualisiert werden muss“, um Akteure auf unterschiedlichen Ebenen zu überzeugen. Bäuer\*innen erzählen, „wenn wir sehen, dass der Nachbarlandwirt mit dem, was er gelernt hat, gut zurechtkommt, beginnen die anderen langsam, sich zu ändern.“

### Top-down-Ansätze

Fehlende partizipative Prozesse zwischen Forschenden und Bäuer\*innen sind ebenfalls ein Problem. So äußern sich tansanische Kleinbauernverbände und NROs skeptisch gegenüber der Zusammenarbeit. Sie merken an, dass „das traditionelle Saatgut der Bauern, sobald es verbessert ist, nicht mehr den Bauern gehört. Es gehört dem Forscher, und der Forscher wird derjenige sein, der entscheidet, wie der Bauer es verwenden soll.“ Häufig werden Bäuer\*innen erst beim Testen des Saatguts auf den Feldern integriert, aber „sie sollten nicht warten müssen, bis sie das Endprodukt der Forscher erhalten“.

### Plattformen zum Wissensaustausch

Plattformen sollten die Zusammenarbeit verschiedener Interessengruppen, die an einem agrarökologischen Wandel interessiert sind, fördern. Netzwerktreffen wie das Arusha Collaborators for Agroecology Forum (ACAF) bieten Erfahrungsberichte unterschiedlicher Akteure an, die an der Transformation des Lebensmittelsystems beteiligt sind. Ein Teilnehmer des ACAF berichtet: „Wir müssen wissen, wer was tut, wo sich die Unterstützer befinden und wie wir die Zusammenarbeit stärken können.“

### Ungleichgewichte in der Umsetzung

Die Gespräche machen deutlich, dass es ein Ungleichgewicht in der Umsetzung der Ansätze gibt: der Schwerpunkt liegt auf der Agrarökologie als Praxis und als Wissenschaft. Meist geht es vor allem darum, die landwirtschaftlichen Praktiken zu verbessern. Ein Grund dafür könnte sein, dass Agrarökologie als Praxis den unmittelbaren Herausforderungen und Lebensrealitäten von Kleinbäuer\*innen und Entwicklungsprojekten vor Ort entspricht. Ein weiterer Grund könnte ein eher geringes Bewusstsein für Agrarökologie als ganzheitlicher Ansatz sein, wobei die angewandten Komponenten eher losgelöst vom Ansatz umgesetzt werden. Die komplexe, nicht einheitliche Definition von Agrarökologie und deren Prinzipien erschweren zudem den Zugang zum Konzept.

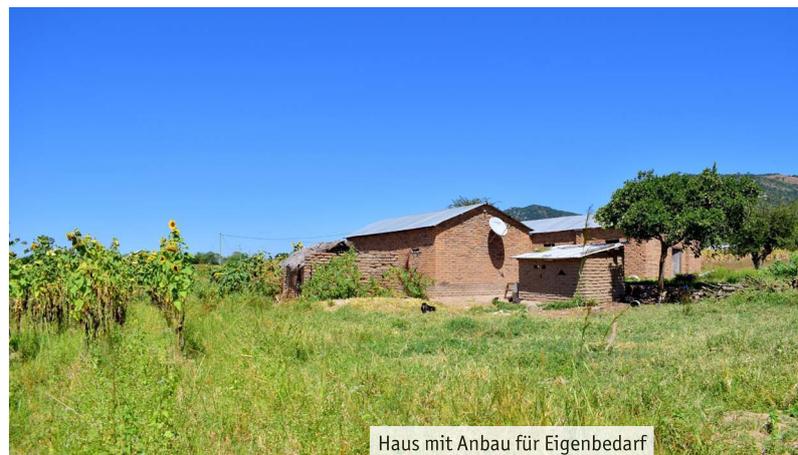
Agrarökologie als soziale Bewegung hingegen ist unterrepräsentiert, wodurch ihre Rolle bei der Umgestaltung des Agrar- und Ernährungssystems weniger betont wird. Das Potenzial, systemische Ansätze wie das Recht auf Nahrung und Themen wie Ungleichheit zu adressieren, wird im Entwicklungskontext wenig genutzt. Geschlechterverhältnisse und Marktzugang werden zwar oft erwähnt, vor allem als Querschnittsthema in Entwicklungsprojekten. Sie sind jedoch nicht in die Agrarökologie als soziale Bewegung und in eine systematische Transformationsstruktur integriert, was an einem Problem des Designs der Entwicklungsprojekte liegen könnte.

### Externe Hindernisse

Hinzu kommen externe strukturelle Hindernisse. Dazu gehören beispielsweise eine neoliberale Ausrichtung des Handels,



In hügeligen Gebieten werden Rinnen gegraben, um den Wasserabfluss abzuschwächen und Wasser zu speichern.



Haus mit Anbau für Eigenbedarf

mangelnde Bereitstellung von Infrastruktur, eine Politik, die das Recht auf Nahrung untergräbt, der Bildungsfokus auf die konventionelle Landwirtschaft usw. Die Umstellung auf eine nachhaltige Produktion und einen nachhaltigen Konsum erfordert demnach Veränderungen, die die Agrarökologie allein nicht bewältigen kann. Unterschiedliche Interessen und Ansichten zur Lösung der Nahrungsmittelkrise sowie vorherrschende Machtstrukturen bremsen einen Wandel.

### Transformationsmodell für Nord und Süd

Trotz bestehender Hindernisse zeigen viele erfolgreiche Projekte, dass die Agrarökologie ein global anzuwendendes Modell ist. Um eine Transformation zu erreichen, ist es jedoch notwendig, tatsächliche oder wahrgenommene Schwächen zu analysieren und kritisch zu hinterfragen. Indem man sich mit diesen Schwächen auseinandersetzt, können Lösungen gefunden, um ihre Wirksamkeit und Akzeptanz zu erhöhen. Notwendig ist es, sich kritisch mit Ungleichheitsdimensionen in den Nord-Süd-Beziehungen auseinanderzusetzen und diese zu hinterfragen: Geschlechterungleichheiten, Zugang zu Land, Marktstrukturen, Kontrolle über Produktionsmittel, Eigentumsrechte, Diskriminierungen etc. Auch in Tansania kämpfen viele NROs für Agrarökologie, führen agrarökologische Projekte mit Kleinbäuer\*innen durch und vertreten sie auf nationalen und internationalen Konferenzen.

*Nadja Ahmad ist Studienleiterin für Nachhaltigkeit & Politische Ökologie an der Ev. Akademie Hofgeismar.*

*Der Originalartikel ist bei Frontiers Sustainable Food Systems, Vol. 8, abrufbar: <https://doi.org/10.3389/fsufs.2024.1443002>*

## Agrarökologie als Antwort auf die Klimakrise: Beispiele aus Afrika und Indien

von Margret Carstens

**Die Agrarökologie vereint Pflanzenproduktion und -schutz mit umweltbezogenen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten. Zudem ist sie eine Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Dies zeigen Beispiele aus Subsahara-Afrika zum Wissen um trockenheitstolerante Kulturen, aus Tunesien zu Permakultur sowie zu klimaangepassten Gärten in Indien.**

Das Potenzial der Agrarökologie liegt in ihrem transformativen Ansatz: als Strategie, um zentrale gesamtgesellschaftliche Ziele wie gesunde Ökosysteme, Ernährungssicherheit, Gerechtigkeit und Gleichheit zu erreichen. In nachhaltigen agrarischen Wert-schöpfungsketten und Ernährungssystemen ist der Schutz von Klima und Biodiversität sowie die Anpassung an den Klimawandel zentral.

### Subsahara-Afrika: nachhaltige Agrarlandnutzung reduziert Klimafolgen

Die Subsahara-Landwirtschaft verfügt über vielfältige Möglichkeiten, die unterschiedlichen Herausforderungen, die sich aus dem Klimawandel ergeben, zu meistern. Ein Kernaspekt der agrarökologischen Anpassung könnte die Produktion und der Verzehr von lokal angepassten Anbaukulturen wie Teff, Yams, Süßkartoffeln, Cocoyam, Hirse, Enset, Bohnen oder Maniok sein. Bäuer\*innengruppen sollten dafür durch besseren Zugang zu Märkten oder (Bewässerungs-) Technologien unterstützt und ihre Organisationen befähigt werden, sich in Gesellschaft und Politik einzubringen. Es gilt, einen „dynamisch stabilen Zustand“ zu erreichen, damit die Landbevölkerung aus eigener Kraft mit Störungen zurechtkommt. Neben Wissenschaft und Politik sollten vor allem auch Bäuer\*innen Wissen für eine nachhaltige Landnutzung erarbeiten. Eine weitere wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die Stärkung der Landrechte für Frauen, da diese über das größte Wissen bezüglich klimaresilienter Anbaumethoden verfügen.

zwischen Mensch und Natur verbindet. Im Nordosten, in Chebba, werden im 2016 gegründeten Permakulturzentrum „Dar Emmima“ auf ehemaligem Brachland Kürbisse, Melonen und Tomaten angebaut und Wissen vermittelt. Mithilfe der Permakultur könnte dauerhaft und trotz des extremen Klimas ein nachhaltiger Lebensstil und ein Überleben unter schwierigsten Bedingungen möglich sein. Tunesien könnte sonst bis 2040 etwa 80 Prozent seiner natürlichen Wasserressourcen verlieren.



Saatgutvermehrung von Yams in Nigeria

### Klimaresiliente Hausgärten in Indien

Indigene Hausgärten wie im indischen *Similipal Biosphere Reserve* spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung biologischer Vielfalt, Resilienz und Nachhaltigkeit. Es besteht eine tiefe Vernetzung zwischen den Indigenen Gemeinschaften und ihren Wohngärten, die in eine breitere ökologische und soziale Dynamik eingebettet sind. Diese Gärten, bestehend aus Nutzpflanzen, Waldarten und Vieh, enthalten Indigenes, lokales Wissen und sind für die Stärkung der lokalen Wirtschaft und Klimaresilienz zentral. Indigen verwaltete Hausgärten bieten wesentliche Ökosystemleistungen und sind entscheidend für den Ökosystem- und Naturschutz und ihre Wiederherstellung. Zudem spielen sie eine zentrale Rolle bei der Förderung des Gender Empowerment – die Frauen sind die Hüterinnen der Hausgartenpraktiken – und der Aufrechterhaltung der Kultur. Vielfach wird für die stärkere Anerkennung und Integration solcher Gärten und dem damit zusammenhängenden Indigenen und lokalen Wissen in globale Klimainitiativen plädiert. Die Einführung von Agroforstsystemen in Hausgärten, die sich durch artenreichen Baum-Kulturen-Ansatz und die Integration dortiger Ressourcen auszeichnen, birgt ein erhebliches Potenzial für die Kohlenstoffbindung. Dadurch wird die Fähigkeit zur Bildung umweltverträglicher, widerstandsfähiger Nahrungsmittelsysteme und zum Klimaschutz verbessert.



Permakultur in Tunesien (Foto: Driss Rejichi, CC-BY-SA 4.0)

### Permakultur in Tunesien

Im wegen seiner geographischen Lage durch den Klimawandel besonders bedrohten Tunesien ist zukünftig mit extremen Temperaturen und Wasserknappheit zu rechnen. Schon heute greifen Bäuer\*innen wegen starker klimatischer Schwankungen auf die Permakultur zurück – ein agrarökologisches Konzept, das Ökosysteme und Kreisläufe in der Natur nachahmt und nachhaltige Landwirtschaft mit dem harmonischen Zusammenwirken

*Dr. jur. Margret Carstens lebt in Berlin und ist freie Autorin, Gutachterin und Wissenschaftsjournalistin (Völkerrecht, Umweltrecht, Rechtsvergleiche).*

*Kontakt und Quellen: Margret.Carstens@gmx.de*

## Mit Agrarökologie gegen das Patriarchat Wie Agrarökologie und Feminismus das Ernährungssystem transformieren können

von Tina Marie Jahn

**Agrarökologie will Machtstrukturen zugunsten derjenigen verändern, die tatsächlich Lebensmittel produzieren. Sie geht über technische Lösungen hinaus und stellt die Frage, wie Ernährungssysteme gerechter gestaltet werden können. Lokale Wertschöpfung, kurze Vermarktungswege und faire Produktionsbedingungen stehen im Fokus. Dabei wird ein langfristiger Blick auf soziale und ökologische Auswirkungen gerichtet – ein Ansatz, der eng mit feministischen Anliegen verknüpft ist. Es geht um Selbstbestimmung, gerechte Verteilung von Ressourcen und das Brechen patriarchaler Strukturen.**

### Frauen im Zentrum

Eine Besonderheit der Agrarökologie ist die Betonung sozialer Gerechtigkeit, insbesondere für Frauen. Sie sind die stillen Heldinnen der Landwirtschaft: Laut der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) machen sie 43 Prozent der globalen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte aus. Frauen spielen in vielen Gemeinschaften eine Schlüsselrolle bei dem Erhalt von lokalem Saatgut. Sie bewahren nicht nur die Sortenvielfalt, sondern tragen mit ihrem Wissen entscheidend zur Resilienz gegenüber dem Klimawandel bei.

Trotz ihrer zentralen Rolle bei der Ernährungssicherung sind Frauen oft benachteiligt – sei es durch fehlende Landrechte, mangelndem Zugang zu Krediten oder diskriminierende Geschlechternormen. Hinzu kommt die Doppelbelastung durch die Arbeit auf dem Feld und im Haushalt, die häufig weder sozial noch finanziell anerkannt wird.

Zudem hat die industrielle Landwirtschaft in vielen Ländern ein Saatgutmonopol, und weltweit herrschen strenge Standardisierungsregeln. Einige wenige Unternehmen können so hohe Gewinne verzeichnen – lokalen Gemeinschaften raubt es ihre Autonomie und gefährdet traditionelles Wissen. Agrarökologische Ansätze setzen diesem Modell alternative Strukturen entgegen: Frauen können eigenes Saatgut nutzen, weiterentwickeln und tauschen, auf ressourcenschonende Methoden setzen und sich von externen Betriebsmitteln und dem damit verbundenen Kreislauf aus Schulden befreien.



Brasilien: Agrarökologische Netzwerke schaffen Teilhabe für Frauen (Flickr/Rede Ecovida, CC BY-NC-SA 2.0)

Ein gutes Beispiel ist das partizipative Garantiesystem (PGS) *Rede Ecovida* aus Brasilien. In der lokalen Qualitätssicherung des ökologischen Netzwerks spielen nicht nur die Qualität der Lebensmittel eine wichtige Rolle, sondern auch die Bedingungen, unter denen sie produziert wurden. Karina Gonçalves David, eine junge Bäuerin und Teil von *Rede Ecovida*, berichtet von den Herausforderungen, vor denen viele Frauen stehen: „Frauen kämpfen täglich gegen patriarchale Strukturen und leiden oft unter häuslicher Gewalt.“ Gemeinsam mit anderen Frauen aus dem Netzwerk hat sie ein Dokument erstellt, das über Missbrauch und Unterstützungsmöglichkeiten informiert. Die Resonanz war enorm: „Viele Frauen wussten nicht, dass sie Missbrauch erfahren haben, weil sie ihn nur mit sexueller oder körperlicher Gewalt assoziierten.“ Das Bewusstsein für diese Themen zu schärfen, ist ein erster Schritt, um Veränderung zu bewirken.

### Eine feministische Vision für die Landwirtschaft

Feminismus und Agrarökologie sind mächtige Werkzeuge, um den Problemen der industrialisierten Landwirtschaft, des globalisierten Ernährungssystems und patriarchalen Strukturen zu begegnen. Die Anerkennung der Rolle von Frauen in der Landwirtschaft ist nicht nur eine Frage der Gleichberechtigung, sondern entscheidend für die sozial-ökologische Transformation des Ernährungssystems. Nur durch die Veränderung grundlegender Machtverhältnisse können wir einen nachhaltigen Wandel erreichen. Auch wenn der Weg dorthin kein Selbstläufer ist, zeigen uns diese beiden Konzepte, dass ein anderes Ernährungssystem möglich ist, wenn wir bereit sind, Machtverhältnisse zu hinterfragen – und gemeinsam zu handeln.

*Tina Marie Jahn ist Referentin für globale Landwirtschaft und Welternährung bei INKOTA-netzwerk e.V.*



Produktion von Bio-Chilis in Ghana (Foto: Global Justice Now, CC BY 2.0)

### Räume für Austausch und Solidarität

Auch der soziale Zusammenhalt spielt in der Agrarökologie eine entscheidende Rolle. Frauen sowie Personen, die sich nicht dem binären Gendersystem zuordnen, sind auf dem Land oft unsichtbar und von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Agrarökologische Netzwerke schaffen Räume, in denen sie sich solidarisieren, Erfahrungen austauschen und Lösungen entwickeln können.

## „Ich nutze meinen Verstand und meine Sprache“

**Joseph Moses Oleshangay kämpft als Anwalt für die Rechte der Maasai. Dafür zahlt er einen hohen Preis: Bereits mehrfach war er Ziel staatlicher Repression. Einen Mordanschlag überlebte er. Doch die Maasai halten zusammen und sind der Regierung oft einen Schritt voraus – aber nicht immer. Das Interview fand im Herbst während einer von FIAN begleiteten Lobbyreise statt.**

**Vor einem Jahr haben wir uns in Weimar getroffen. Sie wurden damals mit dem Menschenrechtspreis der Stadt ausgezeichnet. Seitdem ist viel passiert. Zum Beispiel mussten Sie zwischenzeitlich Ihr Heimatland Tansania verlassen. Warum?**

Weil ich die Menschenrechte verteidige, meine Meinung sage, als Anwalt Prozesse führe. Unsere Regierung empfindet das als Bedrohung. Sie handelt, als würde ich ein schweres Verbrechen begehen.

Seit März 2024 haben staatliche Sicherheitsleute mich verfolgt. Natürlich taten sie das schon zuvor. Aber dieses Mal war es ein bisschen anders, denn zuvor kursierten in den sozialen Medien Gerüchte: Ich würde die Maasai aufwiegeln und sie auffordern, sich von Tansania loszusagen. Ich würde eine Veranstaltung in Ngorongoro organisieren, um die Maasai zu mobilisieren [Anm. d. Red.: Ngorongoro ist ein riesiger Krater am Rande der Serengeti mit einer artenreichen Tierwelt; bisher durften die Maasai in bestimmten Bereichen siedeln].

Nun war es tatsächlich so, dass wir am 16. März eine kulturelle Veranstaltung planten. Bei dieser haben mich die Maasai zum traditionellen Anführer gewählt. Das hat aber nichts mit Abspaltung zu tun. Ich bin kein politischer, sondern ein kultureller Anführer. Als diese Falschnachrichten in den sozialen Medien die Runde machten, habe ich das erst nicht ernstgenommen.

**Wie sah die Bedrohung konkret aus?**

Zwei Tage nachdem die Gerüchte aufgetaucht waren, war ich auf dem Heimweg nach Ngorongoro. Auf halbem Weg rief mich ein Freund aus der staatlichen Sicherheitsabteilung an. Er warnte mich: „Bitte fahr nicht. Du wirst verfolgt. In Ngorongoro wirst du entführt werden.“ Aber am 16. März sollte ja die Kulturveranstaltung stattfinden und ich konnte unmöglich allen Leuten sagen, dass die Veranstaltung wegen meiner Sicherheitsprobleme ausfallen sollte. Ich musste gehen, traf aber Vorsichtsmaßnahmen.

Einmal umstellten die Polizisten einen Laden, den ich dank einer Warnung gerade noch rechtzeitig verlassen konnte. Freunde von mir wurden verhaftet, weil sie nicht sagten, wo ich mich aufhielt. Ich versteckte mich dann draußen in der Wildnis. Doch dann erhielt ich die Information, dass sie mich jetzt des

Verrats beschuldigten. Verrat bedeutet, dass man versucht, die Regierung zu stürzen – dabei weiß ich nicht einmal, wie man eine Waffe benutzt. Das Einzige, was ich benutzen kann, ist mein Verstand, mein Mund und meine Sprache.

Wegen des wachsenden Risikos musste ich mich entscheiden, Tansania zu verlassen. Ich wollte nach Kenia, weil es vergleichsweise stabil ist. Aber dafür musste ich erstmal aus Ngorongoro raus. Ich hatte die Information erhalten, dass alle Straßen und das Tor blockiert seien. Also musste ich zu Fuß fliehen. Nach Norden zu gehen ist gefährlich, weil es eine viel zu offene Landschaft ist. Man sieht Leute schon von weitem. Hier wäre ich auf jeden Fall aufgegriffen worden. Nach Osten zu gehen war unmöglich, weil es dort das Tor gibt. Also musste ich nach Westen gehen. 72 Kilometer zu Fuß.

**Konnten Sie in Kenia bleiben?**

Ich kehrte einige Zeit später nach Arusha zurück. Dort wurde allerdings mein Büro überwacht. Ein Agent der Regierung gab sich als Journalist aus. Aber meine Kollegen im Büro durchschauten ihn und warnten mich. Vom 18. bis 23. August gab es eine große Demonstration von Maasai in Ngorongoro, mehr als 30.000 Menschen. Sie blockierten die Haupttouristenstraße, als viele Touristen da waren. Das war klug, denn wegen der vielen Touristen konnte die Regierung nichts unternehmen. Ich habe unsere Polizei noch nie so friedlich gesehen. Am Ende machten sie sogar Fotos. Und auf einmal wollten die Sicherheitsbehörden meine Hilfe. Ich sollte mit den Maasai reden, damit sie die Demonstration beenden. Ich lehnte ab, denn nicht ich hatte die Maasai geschickt. Tatsächlich kamen einige Minister der Regierung, um die Menschen zu treffen.

**Sie sind Anwalt. Wie war Ihr Empfinden von Gerechtigkeit, als ausgerechnet Sie von der Regierung verfolgt wurden, obwohl sie keine Gesetze verletzt haben?**

Das ist eine komplizierte Frage, denn die wichtigsten Dinge, die wir in den vergangenen vier Jahren getan haben, waren: Gerichte als Mittel zur Durchsetzung von Gerechtigkeit zu nutzen. Schwierig wird es, wenn die Behörden zu Repressionen greifen, damit man nicht mehr prozessieren kann. Ich bin nicht





10. Dezember 2023: Verleihung vom Menschenrechtspreis der Stadt Weimar (© Johanna Fischotter/GfbV)



Maasai Frauen (© Welthaus Graz)

die erste Person, der das passiert. Der Präsident der Tanganyika Law Society wurde wegen Hochverrats verhaftet, weil er einen Fall zu Regierungsgeschäfte im Zusammenhang mit Häfen und den Vereinigten Arabischen Emiraten eingereicht hatte. Die Präsidentin der Anwaltskammer wurde vor fast fünf Jahren von der Ausübung ihres Berufs suspendiert, weil sie sich etwas kritisch über unser Justizsystem geäußert hatte. Ich bin also keine Ausnahme.

### Sind Sie jetzt in Sicherheit?

Nun, ich wurde nicht verhaftet. In Tansania gibt es so viele Entführungen, insbesondere von Aktivisten – auch Menschen, die ich kenne. Ein Mann wurde entführt, mit dem ich im August noch gesprochen habe. Er wurde entführt und wir haben ihn seitdem nicht mehr gesehen. Andere wurden entführt und später tot aufgefunden. Auch ich bin mir bewusst, dass ich mich nicht frei bewegen kann. Es ist also nicht sicher, nein. Das schränkt meine tägliche Arbeitssituation stark ein, weil ich nicht mehr so gerne vor Gericht erscheine – schwierig als Anwalt. Ich spreche zwar in der Öffentlichkeit, aber unangekündigt. Ich kann auch nicht mehr in meinem Büro arbeiten. In meinem Büro könnten sie mich zu leicht abpassen. Ich muss Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, ich bin immer in Bewegung.

### Wie geht die Regierung inzwischen mit den Maasai um?

Die Behandlung, oder eher Misshandlung hat eine ganz andere Form angenommen. Ein Punkt ist die Einschränkung politischer Aktivitäten. Verschiedene Parteien, die im ganzen Land Politik machen, wollten auch in Ngorongoro aktiv werden. Das wurde ihnen aber verboten. Und dann wurde im vergangenen Jahr eine neue Steuer eingeführt: Jeder Maasai, der ein Auto besitzt, muss in Ngorongoro eine tägliche Gebühr zahlen. Egal, ob das Auto fährt oder zu Hause geparkt ist, zahlt man 20 Dollar pro Tag. Touristen zahlen das auch. Wir sind aber keine Touristen, wir leben dort! Das kann sich kein Maasai leisten. Wir nutzen diese privaten Autos aber als Krankenwagen, weil die Regierung keine Krankenwagen zur Verfügung stellt. Es ist unser wichtigstes Transportmittel, nicht unbedingt für geschäftliche Zwecke, sondern für Notfälle.

Auch Lastwagenfahrer, die Getreide, Mais und Bohnen transportieren, müssen seit neustem eine Einreisegebühr für

Ngorongoro zahlen, weil sie in ein Schutzgebiet fahren. In diesem Gebiet leben aber 100.000 Menschen, die mit Lebensmitteln versorgt werden müssen. Das bedeutet natürlich, dass die Lebensmittelpreise steigen. Auch das können sich die Menschen nicht leisten. Die Regierung kontrolliert außerdem den Viehmarkt. Die Maasai leben traditionell von der Rinderzucht. Aber die Regierung bestimmt den Kauf und Verkauf.

### Eines der Argumente ist, dass es zu viele Maasai gebe und dass ihr Vieh das Gleichgewicht der Natur störe. Naturschutz und indigene Rechte werden so gegeneinander ausgespielt.

Ngorongoro ist seit Menschengedenken das Land der Hirten. Wenn sie nie gestört haben, werden sie es auch jetzt nicht tun. Wir haben den Viehbestand aus dem Jahr 1957 anhand der offiziellen Daten der Regierung mit dem Viehbestand von 2018 verglichen. Der Unterschied sind drei Kühe. Das kann keine so große Gefahr für die Natur sein.

Was die Menschen betrifft, so nimmt die Bevölkerung wie überall im Land zu. Tansania hat ein sehr schnelles Bevölkerungswachstum. Einige Orte haben eine Bevölkerungsdichte von 700 Menschen pro Quadratkilometer. Damit hat die Regierung aber kein Problem. Nur in Ngorongoro tut sie so, als sei die Hölle los. Die Bevölkerungsdichte in Ngorongoro beträgt 10 bis 11 Personen pro Quadratkilometer. Es ist der am dünnsten besiedelte Teil des Landes.

Mir ist außerdem wichtig zu unterstreichen, dass Pastoralismus und Natur problemlos nebeneinander existieren. Wir Maasai sind als Hirten mit unseren Tieren von der Natur abhängig. Wir leben von der Natur und kümmern uns um sie – ohne die kommerziellen Elemente zu betrachten, die das aktuelle „Naturschutzdenken“ der Regierung antreibt. Für die Regierung ist Naturschutz nur eine Gelegenheit, um Geld zu verdienen. Circa eine Million Touristen kommen jährlich nach Ngorongoro. Sie schlafen in Hotels und fahren mit ihren Autos herum. Das Naturschutzdenken ist sehr von Propaganda geprägt. Es stecken so viele Lügen darin. Eine Million Touristen, das Geschäft mit der Jagd und die Hotels sind also keine Bedrohung für die Natur, aber 100.000 Maasai sind es?

*Das Interview führte und übersetzte Johanna Fischotter von der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen.*

## Kolumbien: Gesetz zur Förderung ländlicher Frauen

von Mónica Alvarado García

**Die Förderung von Frauen im ländlichen Raum ist für Kolumbiens sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt von zentraler Bedeutung. Denn obwohl Frauen eine wichtige Rolle in der Landwirtschaft und der Nahrungsproduktion spielen, sehen sie sich großen Herausforderungen und Ungleichheiten gegenüber. Bereits im Jahr 2002 wurde ein Gesetz verabschiedet, um die Lebensqualität von Frauen auf dem Land zu verbessern und die Gleichberechtigung zu befördern. Eine Gesetzesreform stärkt nun ihre Rechte und schafft bessere Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen, Bildung und sozialer Absicherung.**

Das Gesetz 731 aus dem Jahr 2002 definierte „Landfrauen“ als Personen, deren „produktive Tätigkeit in Zusammenhang mit dem Leben auf dem Land steht – unabhängig von ihrem Wohnort und ohne Rücksicht darauf, ob diese Tätigkeit entlohnt oder von staatlichen Statistiken erfasst wird“. Hauptziel des Gesetzes war es, Frauen den Zugang zu produktiven Ressourcen zu erleichtern und Hindernisse für ihre Teilhabe zu beseitigen. Hierfür wurden staatliche Fonds, Programme und Organisationen angewiesen, spezifische Maßnahmen umzusetzen. Dazu zählen vergünstigte Kredite für Frauen mit niedrigem Einkommen, der Zugang zum landwirtschaftlichen Garantiefonds FINAGRO sowie die Einrichtung eines speziellen Entwicklungsfonds. Zusätzlich legte das Gesetz Richtlinien für soziale Absicherung und Arbeitsrisiken fest, förderte die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen und bezog den Gender-Aspekt gezielt in die landwirtschaftliche Produktivität und das Unternehmertum ein.



Afrokolombianische Kleinbäuerin mit Kakaofrucht

auf sieben Säulen auf, darunter die Finanzierung gezielter Initiativen für Landfrauen, Bildungsangebote, die Förderung von Freizeitaktivitäten und Sport sowie Maßnahmen zur Arbeitsunterstützung. Dadurch wird ein staatlicher Rahmen geschaffen, der Gleichheit und Fairness fördert und die Produktivität sowie das Wohlergehen von Landfrauen nachhaltig stärken soll.

### Geschlechterspezifische Betrachtung des Rechts auf Nahrung

Offiziell ist das Recht auf Nahrung ein zentrales Element zur Bekämpfung von Hunger und Ernährungsunsicherheit in Kolumbien. Doch fehlt es an einer geschlechtsspezifischen Differenzierung. Auch internationale Abkommen wie der UN-Sozialpakt oder die Frauenrechtskonvention weisen bislang kaum Verbindungen zwischen dem Recht auf Nahrung und Frauenrechten auf. Dies schränkt den Schutz ihrer Rechte ein, zum Beispiel in Bezug auf die Ernährung während der Schwangerschaft. Daher ist es notwendig, die Rechte auf Nahrung und Gesundheit miteinander zu verbinden, da Frauen in ländlichen Gebieten häufig unter einem eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung und hoher Müttersterblichkeit leiden. Zudem ist die Förderung von Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen in Lateinamerikas ländlichen Sektoren essenziell, um eine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gleichberechtigung zu ermöglichen.

Weiterhin bleibt es dringend notwendig, Gesetzesreformen voranzutreiben, die die Rechte von Landfrauen stärken und fördern. Frauen waren in der kolumbianischen Geschichte sehr häufig Opfer von Gewalt. Sie sollten künftig als führende Akteurinnen in der Lebensmittelproduktion anerkannt werden; geschlechtsspezifische Benachteiligungen müssen verschwinden. Die aktuelle Reform markiert einen wichtigen Schritt in Richtung eines gerechteren und inklusiveren Kolumbiens.

*Mónica Alvarado García ist eine kolumbianische Juristin. Im Herbst 2024 hat sie ein Praktikum bei FIAN absolviert.*



Kleinbäuerin in der Provinz Cauca

### Unzureichende Absicherung und Lohnungleichheit

Kolumbianische Landfrauen sind in mehrfacher Weise gefordert: Neben ihren Aufgaben im Haushalt bestellen sie Felder, sind in der Distribution tätig und tragen wesentlich zur Nahrungsversorgung der Bevölkerung bei. Zugleich sehen sie sich großen Herausforderungen gegenüber, darunter eingeschränktem Landzugang, Gewalt, Vertreibung und unzureichender sozialer Absicherung. Frauen in abgelegenen Regionen des Landes arbeiten meist zu niedrigen Löhnen und sind in Entscheidungsprozesse kaum eingebunden. Der Zugang zu Krediten und Märkten bleibt für sie begrenzt. Verschärft wird die Situation aktuell durch die globale Nahrungsmittel- und Wirtschaftskrise. In diesem Kontext verabschiedete der kolumbianische Kongress Ende August 2024 eine Reform des Gesetzes 731, um konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen von Landfrauen zu erreichen und die strukturelle Ungleichheit zwischen Männern und Frauen im ländlichen Raum zu verringern. Das Gesetz baut

## Nur die Politik kann den Hunger in der Welt beenden

von Jennifer Clapp

**Um die Ursachen von Hunger – Konflikte, Armut und Ungleichheit – zu bekämpfen, sind massive politische Anstrengungen erforderlich. Ohne eine Auseinandersetzung mit Machtstrukturen werden die weltweiten Ernten niemals die Hungernden erreichen.**

Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass keine noch so gute Technologie die Ernährung der Menschheit sicherstellen kann. Wir produzieren heute mehr Nahrung pro Person als jemals zuvor. Dennoch gibt es überall auf der Welt Hunger – sogar und zunehmend in reichen Ländern.

Die Hauptursachen hierfür sind bekannt: Konflikte, Armut, Ungleichheit, wirtschaftliche Schocks und der eskalierende Klimawandel. Mit anderen Worten: Die Ursachen sind im Wesentlichen politischer und wirtschaftlicher Natur.

Dennoch haben jüngst 150 Träger\*innen vom Nobelpreis und dem World Food Prize gefordert, die Nahrungsmittelproduktion mit technologischen Innovationen zu steigern. Sie ignorieren dabei jedoch die eigentlichen Ursachen des Hungers – und die Notwendigkeit, sich mächtigen Akteuren entgegenzustellen und mutige politische Entscheidungen zu treffen.

### Nahrungsmittel falsch verteilt

Sich fast ausschließlich auf die Förderung von Agrartechnologien zu konzentrieren hieße, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Denn die Grüne Revolution der 1960er Jahre brachte zwar Fortschritte bei den Ernteerträgen. Sie hat aber den Hunger nicht beseitigt, weil sie die Ungleichheit nicht angegangen ist. Der US-Bundesstaat Iowa hat zum Beispiel mit die am stärksten industrialisierte Nahrungsproduktion der Welt. Inmitten der hochtechnisierten Mais- und Sojafarmen haben jedoch elf Prozent der Bevölkerung und eines von sechs Kindern Schwierigkeiten, sich zu ernähren.

Nahrung wird auf beschämende Weise falsch verteilt. Der Verkauf von Nahrung an arme Menschen zu erschwinglichen Preisen ist für die riesigen Lebensmittelkonzerne schlicht weniger profitabel. Sie verdienen weitaus mehr, wenn sie diese als Tierfutter exportieren, in Biokraftstoffe mischen oder in Industrieprodukte und extrem verarbeitete Lebensmittel verwandeln.

### Ungleichheit bekämpfen

Maßnahmen zur Bekämpfung des Welthungers müssen bei den bekannten Ursachen und bewährten Strategien ansetzen. Das brasilianische Programm „Ohne Hunger“ hat beispielsweise durch finanzielle Unterstützung von Armen, Schulspeisungen und Mindestlöhne in nur 18 Monaten den Rückgang des Hungers um 85 Prozent bewirkt.

Unsere Politiker müssen sich daher mit den enormen Ungleichheiten auseinandersetzen und diese beseitigen. Hunger trifft unverhältnismäßig häufig die Armen und Ausgegrenzten – und zwar nicht, weil Lebensmittel knapp sind, sondern weil den Menschen die Kaufkraft fehlt, um sich diese zu beschaffen, oder die Ressourcen, um sie selbst zu produzieren. Umverteilungsmaßnahmen sind daher nicht optional, sondern unerlässlich. Ein weiterer wichtiger Punkt: Die Regierungen müssen dem Einsatz von Hunger als Kriegswaffe Einhalt gebieten. Die schlimmsten Hungerherde sind Konfliktgebiete, wie in Gaza

und im Sudan. Zu viele Staaten haben bei dieser Hungertaktik weggeschaut – sie haben Nothilfe betrieben, um die Scherben aufzusammeln, anstatt Maßnahmen zu ergreifen, um die zugrundeliegenden Konflikte zu beenden.

### Unterstützung lokaler Märkte

Auch ist eine strengere Kartell- und Wettbewerbspolitik unerlässlich, um die extreme Konzentration in den Bereichen Saatgut, Agrochemie, Getreidehandel, Fleischverarbeitung und Einzelhandel einzudämmen. Diese ermöglicht es den Unternehmen, Preise festzulegen und übergroßen politischen Einfluss auszuüben.

Die Regierungen müssen den Würgegriff ungerechter Handelsregeln durchbrechen, die die ärmsten Regionen in der Abhängigkeit von Lebensmittelimporten gefangen halten und sie anfällig für Schocks machen. Stattdessen ist die Unterstützung lokaler Märkte von entscheidender Bedeutung, um deren Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Diese tragen dazu bei, dass vielfältige, nahrhafte Lebensmittel diejenigen erreichen, die sie benötigen.

### Die Rolle der Agrarökologie

Die Abschwächung des Klimawandels und die Anpassung an diesen erfordern massive Investitionen. Agrarökologie ist dabei eine zentrale Lösung: Sie bindet Kohlenstoff, erhöht die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimaschocks und verringert die Abhängigkeit von teuren und umweltschädlichen Düngemitteln und Pestiziden. Um ihr volles Potenzial zu entfalten, ist noch weitere Forschung nötig.

Außerdem müssen wir uns stärker pflanzenbasiert, lokal und saisonal ernähren, Lebensmittelverschwendung reduzieren und die Verwendung von Nahrungsmitteln für Biokraftstoffe überdenken. Das bedeutet auch, dass wir uns gegen die Lobbys von Fleischindustrie und Biokraftstoffen zur Wehr setzen müssen. Das soll nicht heißen, dass Technologie keine Rolle spielt. Die wichtigsten Innovationen sind aber diejenigen, die gerechtere und nachhaltigere Lebensmittelsysteme unterstützen – und nicht die Profite der Unternehmen. Solange wissenschaftliche Bemühungen nicht durch politische Maßnahmen ergänzt werden, die sich mit Machtungleichheit auseinandersetzen, wird der Hunger wahrscheinlich anhalten.

Die Lösungen zur Hungerbekämpfung sind weder neu noch unerreichbar – was fehlt, ist der politische Wille. Der Hunger hält an, weil wir Ungerechtigkeit zulassen. Wenn wir ihn ernsthaft beenden wollen, brauchen wir mutige politische Maßnahmen, nicht allein wissenschaftliche Durchbrüche.

*Jennifer Clapp ist Professorin für „Global Food Security and Sustainability“ an der Universität Waterloo. Der Beitrag erscheint im Namen des Expertennetzwerks IPES-Food und wurde zuerst in The Conversation veröffentlicht.*

## FIAN bei zehnter Verhandlungsrunde zum UN-Treaty

von Nina Uretschläger

**Vom 16. bis 20. Dezember nahmen 75 Staaten und mehr als 50 Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft – darunter FIAN – an der 10. Verhandlungsrunde für ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („UN-Treaty“) in Genf teil. Ziel des Treaty ist es, transnationale Unternehmen über ihre gesamte Wertschöpfungskette hinweg zu regulieren, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Geschädigte sollen effektive Abhilfe wie den Zugang zur Justiz und vollständige Wiedergutmachung erhalten. Die Zivilgesellschaft war sich in ihrer positiven Bewertung der Verhandlungen einig. Jedoch nahm die EU wieder ohne ein Verhandlungsmandat teil.**

Dieses Jahr wurden die Artikel 4 bis 11 des aktuellen Vertragsentwurfs behandelt und damit das „Herz“ des UN-Treaty. Hierin geht es um die Prävention von Menschenrechtsverletzungen, das Recht auf Abhilfe, die Haftung von Unternehmen sowie die zuständige Gerichtsbarkeit. Volker Türk, UN-Hochkommissar für Menschenrechte, betonte in seiner Eingangsrede denn auch das enorme Potenzial: der UN-Treaty könnte die Menschenrechte als globalen Standard für Unternehmen etablieren sowie Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und Stabilität befördern.

FIAN war mit Delegierten aus Ecuador, Indonesien, der Schweiz, Deutschland sowie von FIAN International vertreten. Zudem wurde Armand Dione, Vertreter einer Bauerngemeinschaft aus dem Senegal, von FIAN eingeladen. Armand kämpft mit der Association de défense des intérêts des riverains des phosphates de Thiès gegen Menschenrechtsverletzungen durch ein senegalesisch-spanisches Bergbauunternehmen, ein von FIAN unterstützter Fall.

Auch setzt sich FIAN dafür ein, dass das Menschenrecht auf eine saubere Umwelt wieder Eingang in den Vertragstext findet und, dass Unternehmen bei Umweltschäden haftbar gemacht werden können. Während sich die USA gegen das Recht auf eine saubere Umwelt im Vertragstext aussprachen, vertraten Delegierte aus anderen Ländern die Position von FIAN, darunter die EU. Die deutsche Treaty Allianz forderte die EU dazu auf, sich in einem zukünftigen Verhandlungsmandat auf Grundlage des EU-Lieferkettengesetzes (EU CSDDD) für die Stärkung von umwelt- und klimabezogenen Pflichten stark zu machen.

Des Weiteren brachte sich FIAN für die Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit im Vertragstext ein: Beispielsweise in der Gemeinde von Armand Dione sind Frauen besonders stark von Landraub und Umweltzerstörung betroffen. Die Förderung von Umweltrechten fördert somit auch die Geschlechtergerechtigkeit.

Die TA machte sich außerdem dafür stark, dass die Vereinnahmung des Verfahrens durch den Privatsektor verhindert werden muss. Leticia Paranhos von Friends of the Earth International: „Es steht den Menschenrechtsverletzern nicht zu, mitzubestimmen, wie sie reguliert oder für ihre Verstöße zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Wenn transnationale Unternehmen in irgendeiner Weise in diesen Verhandlungen vertreten wären, bedeutet das, dass der Fuchs das Sicherheitssystem des Hühnerstalls planen darf“.

### Positive Entwicklung

Die 10. Verhandlungsrunde brachte viele positive Dynamiken mit sich. Nach Ansicht der Treaty Allianz haben die Staaten dieses Jahr zum ersten Mal „wirklich verhandelt“. Dazu beigetragen hat vor allem das Vorgehen des ecuadorianischen Vorsitzenden, Vásquez Bermúdez. Einige Staaten schlugen vor, stärkere Bestimmungen aus dem vorherigen Entwurf wieder in den Vertragstext aufzunehmen, etwa erhöhte Sorgfaltspflichten in Konfliktgebieten, Vorschläge zu extraterritorialer Gerichtsbarkeit und den Schutz von Menschenrechts- und Umweltverteidiger\*innen.

Positiv war außerdem, dass sich die Mehrheit der Staaten für die Erweiterung des Begriffs „Opfer“ von Menschenrechtsverletzungen auf „betroffene Personen und Gemeinschaften“ aussprach. Dies stärkt die Rechte der Menschen, bevor diese verletzt werden. Eine gute Entwicklung war ebenfalls, dass sich von den kritisch eingestellten Staaten nur die USA, Großbritannien, Russland und Saudi-Arabien aktiv beteiligten und dass einige progressive Staaten aktiver als in den letzten Jahren teilnahmen.

Ziel der Zivilgesellschaft ist es, dass Unternehmen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, gesamtschuldnerisch verantwortlich gemacht werden können – unabhängig davon, ob es sich um eine Tochter, eine Muttergesellschaft oder ein



FIAN als Teil der globalen Treaty Alliance

### Forderungen lokaler Gemeinden im globalen Süden

FIAN ist Mitglied der globalen Treaty Alliance (TA), einem Netzwerk von 550 Organisationen, das sich seit Beginn an für den Treaty-Prozess einsetzt. Die TA forderte nun in Genf, dass der Vertragsentwurf Lücken in der Rechenschaftspflicht von Unternehmen schließt. So betonte FIAN die extraterritorialen Pflichten von Staaten. Dazu gehört, dass die Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen im Heimatland des Unternehmens oder in einem Land vor Gericht ziehen können, in dem ein Unternehmen wesentliche Vermögenswerte besitzt. Denn häufig nutzen Unternehmen die Strategie, ihre Gerichtsbarkeit zu wechseln, um sich jeglicher Haftung zu entziehen – so wie in einem FIAN-Fall, bei dem ein südafrikanisches Bergbauunternehmen seinen Hauptsitz von Südafrika nach London verlagerte.

anderes Unternehmen in der Wertschöpfungskette handelt. Ein Beispiel hierfür ist der Fall Brumadinho, für den der TÜV Süd mitverantwortlich ist, oder der Fall Chevron/Texaco, in dem eine kanadische Tochtergesellschaft als unabhängig und daher als nicht haftbar erklärt wurde. Diese gesamtschuldnerische Haftung fehlt bislang im Entwurf. Auch muss im Vertragstext der Vorrang der Menschenrechte gegenüber internationalen Investitions- und Handelsabkommen beibehalten werden. Der Fall Chevron/Texaco hat gezeigt, dass Investor-Staats-Verfahren nationale Gesetze zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt außer Kraft setzen können.

Für die nächste Verhandlungsrunde plant die Treaty Alliance, die Digitalkonzerne verstärkt in den Blick zu nehmen. Dass dies notwendig ist, zeigt etwa der Fall von Safaricom in Kenia: Durch die Weitergabe von Standortdaten an Regierungsbeamte kam es zur Entführung von mehr als 80 Regierungskritiker\*innen.

### EU wieder ohne Verhandlungsmandat

Trotz Inkrafttretens des EU-Lieferkettengesetzes konnte die EU ohne ein Verhandlungsmandat wieder nicht aktiv mitverhandeln. Immerhin hat sie die für ein Mandat notwendige rechtliche Analyse zur Vereinbarkeit des aktuellen Treaty-Entwurfs mit EU-Recht durchgeführt. Die Entscheidung über ein mögliches EU-Mandat liegt jetzt bei der neuen EU-Kommission und den Mitgliedstaaten. Seit Inkrafttreten der EU CSDDD haben sich einzelne Mitgliedstaaten wie Schweden oder Belgien für den UN-Treaty ausgesprochen, während sich die deutsche Regierung vor den Verhandlungen auf keine einheitliche Position einigen konnte.

### Side Events

FIAN organisierte zusammen mit der Global Campaign und dem ESCR-Net die Begleitveranstaltung „Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung im Kontext von Unternehmensaktivitäten – Stimmen von Betroffenen zu den Artikeln 4 bis 9“. Dabei kam unter anderem Armand aus Senegal zu Wort. Er machte auf den fehlenden Zugang zu Informationen seitens des Unternehmens, dürftige Entschädigungen sowie selbst erlebte Bedrohungen aufmerksam. Diese Probleme müssten durch den Treaty adressiert werden.

In einem weiteren *Side Event* wurde deutlich, dass der UN-Treaty eine große Bedeutung für die Umsetzung der Rechte von Bäuer\*innen und in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter\*innen hat. Dazu Pierre Maison von La Via Campesina: „Solange die transnationalen Konzerne, die das gegenwärtige agroindustrielle



Marthin Hadiwinata von FIAN Indonesien

Modell vorantreiben, ohne Regulierung und ungestraft für ihre Menschenrechtsverletzungen agieren, werden die Rechte der Bauern nicht verwirklicht werden“. Im Treaty müsste daher auch die Kleinbauernerklärung UNDROP erwähnt werden.

Gesetzesentwürfe aus Brasilien, Kolumbien und Argentinien wurden als positive Beispiele vorgestellt. Die PL 275/2022 von Brasilien, die von der Zivilgesellschaft und dem Fall Brumadinho stark geprägt wurde, sieht zum Beispiel eine Beweislastumkehr vor Gericht und einen Wiedergutmachungsfond vor.

Armand aus Senegal äußerte auf einer Paneldiskussion an der Uni Genf: „Land ist etwas Heiliges. Überall – wer auch immer darauf lebt“. Er fügte hinzu: „Wir wollen weder Geld noch Almosen, wir wollen Gerechtigkeit.“ Durch die starke Solidarität seiner Zuhörer bewegt, äußerte er, „dass es immer noch Hoffnung auf eine gerechte Welt gibt.“

Die Verhandlungsrunde hat uns in der Tat die Hoffnung gegeben, die Volker Türk in seiner Eingangsrede erwähnte. Unsere diesjährigen Erfolge und der gemeinsame Kampf für das Ziel eines ambitionierten verbindlichen Vertrags für Wirtschaft und Menschenrechte hat die Treaty Alliance weiter zusammengeschweißt. Diese Kraft werden wir in den im April beginnenden zwischenstaatlichen Konsultationen und in der nächsten Verhandlungsrunde vom 20. bis 24. Oktober einsetzen.

*Nina Uretschläger arbeitet als Bundesfreiwillige bei FIAN. Sie hat FIAN Deutschland bei den Verhandlungen in Genf vertreten.*



Side Event von FIAN: Armand Dione (Mitte), Stephan Backes von FIAN International (r.)

## „Utopien inspirieren den Widerstand“

**Elisabetta Recine war bis Ende Februar Präsidentin des Nationalen Rates für Ernährungssicherheit in Brasilien (CONSEA). Sie ist Professorin für Ernährung und öffentliche Gesundheit an der Universität von Brasilia und engagiert sich seit vielen Jahren für Demokratie, soziale Beteiligung, Menschenrechte und das Recht auf Nahrung in ihrem Land und auf internationaler Ebene.**

### Wenn wir über Visionen zur Veränderung eines Landes oder einer Gesellschaft sprechen, was sind Ihrer Meinung nach wichtige Elemente?

Um eine Vision für die Zukunft zu entwickeln, müssen wir an den positiven Erfahrungen von heute ansetzen und uns dafür einsetzen, dass sie zu einer allgemeineren Praxis werden. Dazu gehören besonders die vielen gemeinschaftsorientierten Organisationen, die eine solidarische Lebensweise pflegen, bei denen die Menschen ihre Fähigkeiten und Träume entwickeln können und darin von anderen unterstützt werden. Das ist besonders wichtig in einem Land, in dem die Ungleichheiten so groß sind wie in Brasilien.

### Wie können wir Wege bauen, die ein anderes Zusammenleben ermöglichen?

Unser Ausgangspunkt in Brasilien ist eine tief ausgeprägte Kultur der Gewalt. Sie bestimmt den Alltag, auch den Alltag der Ernährungssysteme, und hat nicht nur mit Kriminalität zu tun. Es ist eine Gewalt, die die sozialen Beziehungen bestimmt und viele Formen der Ausbeutung, Diskriminierung, Rassismus und Sexismus einschließt, die keine Vielfalt und unterschiedliche Lebensweisen zulassen wollen. Zum Glück gibt es auch andere Erfahrungen, bei denen Menschen sich respektieren, einander zuhören und – auf der individuellen und auf der kollektiven Ebene – einen offenen Dialog über die wesentlichen Fragen führen.

### Wie ist die Erfahrung im Nationalen Rat für Ernährungssicherheit?

Im CONSEA haben wir oft kontroverse Diskussionen über die Ausgestaltung der nationalen Politik und Programme gegen Hunger und Armut. Der Rat ist ein partizipatives Gremium, das den Präsidenten berät. Es besteht aus 24 Vertreter\*innen aus Ministerien und 48 Vertreter\*innen unterschiedlichster zivilgesellschaftlicher Gruppen. Diese Zusammensetzung macht es nicht einfach, zu gemeinsamen Positionen und Beschlüssen zu kommen. Wir arbeiten auf einer gemeinsamen Basis, die in der Verfassung und weiteren Gesetzen verankert ist: die Verpflichtung gegenüber dem Menschenrecht auf Nahrung.

Aber auch im zivilgesellschaftlichen Raum sind nicht alle gleich und haben nicht dieselben Perspektiven. Das müssen wir erkennen und zugleich eine Art Sicherheitsnetz aufbauen, damit wir nicht nur frei reden, sondern auch frei entscheiden können. Wir benötigen geschützte Räume, wenn wir komplexe Themen ohne Interessenkonflikte diskutieren und einen langfristigen Wandel erreichen wollen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, sich auf einen Prozess des kollektiven Lernens und Dialogs in der Zivilgesellschaft einzulassen, bei dem wir alle irgendwie gemeinsam gehen. Wir gehen zusammen, nicht weil wir gleich sind, sondern weil wir einen Dialog führen und unsere gemeinsamen Verpflichtungen immer wieder erneuern.



Elisabetta in Berlin (© BMEL)

### Auf welche systemischen oder strukturellen Hindernisse stoßen Sie auf diesen Wegen?

Nicht nur in Brasilien, sondern auch in Ländern, in denen die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede nicht so groß sind wie bei uns, wissen die Menschen, die unter den Folgen der Verhältnisse zu leiden haben, oft nicht viel darüber, warum dies so ist. Die Politik wirkt oft weit weg von den Menschen und den Prozessen, denen sie in ihrem Leben ausgesetzt sind. Viele Menschen erkennen nicht, dass die Dinge nicht zufällig so sind, wie sie sind, sondern dass ihnen ganz konkrete Entscheidungen zugrunde liegen.

Eines der strukturellen Hindernisse ist also ein tiefgreifender politischer Bildungszug. In Ländern wie Brasilien ist dieser Ausdruck einer kolonialen Vergangenheit, die sich bis heute darin äußert, dass es Menschen gibt, die glauben, sie hätten ihre Privilegien verdient. Die Folge ist ein tiefes Vorurteil gegenüber armen Menschen und Armut. So hat der Mensch, der Hunger leidet oder auf der Straße lebt, nichts mehr mit einem selbst zu tun. Daraus ergibt sich eine ausschließende, fragmentierte Gesellschaft.

Im CONSEA setzen wir daher auf die Beteiligung aller Gruppen, deren Rechte bedroht sind. Deshalb sprechen die Vertreter\*innen der Landlosen und Wohnungslosen, der indigenen Völker und der Afrobrasilianer\*innen, der Frauenbewegungen, der Fischer\*innen, der Verbraucher\*innen und der bäuerlichen und agrarökologischen Landwirtschaft direkt mit der Regierung. Sie wissen nicht nur selbst am besten Bescheid, wo die strukturellen Probleme im Ernährungssystem liegen. Sie haben auch große Erfahrung mit nachhaltigen Lösungen, auf denen nationale Politiken aufgebaut werden können. Das gilt für viele Bereiche, unter anderem für Agrarökologie, Gemeinschaftsverpflegung,

soziale Sicherheit oder öffentliche Beschaffung aus der bäuerlichen und indigenen Nahrungsmittelerzeugung.

### Das wird den traditionellen Eliten nicht gefallen.

Ganz und gar nicht. Die Demokratisierung durch soziale Beteiligung bildet ein Gegengewicht zur Dominanz durch eine kleine Elite, die es gewohnt ist, ihre wirtschaftliche Macht für ihre eigenen Interessen auch in der Politik zu nutzen, oft mit sehr negativen Folgen für die Gesellschaft als Ganzes. Wir setzen dem die Hoffnung auf Veränderung entgegen. Dazu gehört, uns mit anderen Perspektiven und mit kollektiven Erfahrungen der Solidarität zu verbinden. Wir wollen schon in der Gegenwart eine andere Wirklichkeit schaffen, nicht erst in der Zukunft.

### Konkrete Utopien wären also keine Projektionen in eine ferne Zukunft, sondern eine Art Vorwegnahme einer transformierten Zukunft in der Gegenwart?

Ganz genau. Die Utopie ist nicht irgendwo dort. Die Utopie existiert in den Menschen, die sie bereits praktizieren. Sie sind nicht nur die Saat der Transformation, sie sind Teil der Transformation. Brasilien gilt ja als das Land der Zukunft. Was mich interessiert, ist aber nicht das Land der Zukunft, sondern das Land der Gegenwart. Glücklich zu sein ist nicht etwas für die Zukunft. Utopien sind eine vielfältige Kraft gegen hegemoniales Denken, sie haben einen enormen Wert; nicht nur, weil sie Möglichkeiten für neue Wege eröffnen, sondern auch, weil sie angesichts so vieler Herausforderungen und Ungerechtigkeiten Widerstand inspirieren.

### Können Sie mir ein Beispiel für eine konkret gelebte Utopie nennen?

Seit der Militärdiktatur, in der ich aufgewachsen bin, bin ich politisch aktiv. In der Phase der Demokratisierung unseres Landes bis hin zu den Zeiten, als der rechtsextreme Präsident Jair Bolsonaro Brasilien regierte. Eine seiner ersten Amtshandlungen im Januar 2019, war es den CONSEA und andere nationale Beratungsgremien mit sozialer Beteiligung zu suspendieren.

Zusammen mit vielen anderen haben wir Widerstand geleistet, um unseren Traum und unsere Utopie zu verteidigen.

### Was können Sie mit dem CONSEA in der neuen Regierung von Präsident Lula erreichen?

Die Regierung nimmt den Kampf gegen Hunger, Armut und soziale Ungleichheiten ernst. Aber viele Politiker\*innen wollen dieses Land nicht so gestalten, dass sich alle Menschen entwickeln können. Der Ernährungsrat hat sich nach seiner Wiedereinrichtung im Februar 2023 engagiert in die Entwicklung der neuen, umfassenden Strategie der Regierung für Ernährungssicherheit eingebracht, viele unserer Vorschläge wurden aufgenommen. Auch haben wir es geschafft, dass im Oktober der Nationale Plan für Agrarökologie und ökologischen Landbau beschlossen wurde.

Außerdem haben wir nach vielen Jahren Arbeit und Diskussion im Oktober einen Nationalen Plan zur Lebensmittelversorgung verabschiedet. Darin bekennt sich der brasilianische Staat zu seiner Verantwortung, ein diversifiziertes Netz von Versorgungseinrichtungen zu garantieren, die lokale Produktion und Vermarktung zu stärken, den Zugang von Familien- und Kleinbauernbetrieben zu öffentlichen Beschaffungsprogrammen auszuweiten und mit strategischen Reserven internationalen und nationalen spekulativen Preisschwankungen entgegenzutreten. Diese beiden neuen nationalen Pläne sind das Ergebnis der langjährigen Arbeit vieler Menschen mit all ihren Erfahrungen und Visionen. Die Idee, ein Land zu verändern, ist für mich die beeindruckendste und verrückteste Utopie, die wir haben können. Wenn wir diese vielen, oft sehr kleinen Schritte im Dialog und gemeinsam gehen, ist es wie die tägliche Ernährung. Sie gibt uns die Energie, Neues in Bewegung zu setzen und auch weiterhin für eine Welt ohne Hunger zu kämpfen.

*Das Interview führte Martin Wolpold-Bosien. Es erschien zunächst im Südlink-Magazin 210 von INKOTA zum Thema „Utopien: Entwürfe für eine bessere Zukunft“:*

*<https://webshop.inkota.de/suedlink-210-utopien>*



## Mangelernährung: Mexiko kämpft mit Übergewicht und Adipositas

von Pamela Cruz

**Mexiko kämpft mit einer Übergewicht- und Adipositas-Epidemie. Landesweit sind sieben von zehn Erwachsenen, zwei von fünf Jugendlichen und 37 Prozent der Kinder im Schulalter adipös oder übergewichtig. Mehrere Faktoren sind für das Ausmaß des Problems verantwortlich – nicht zuletzt niedrige Einkommen.**

Der Konsum von stark verarbeiteten Lebensmitteln und zuckerhaltigen Getränken hat in Mexiko deutlich zugenommen. Gleichzeitig haben viele Menschen keinen Zugang zu gesunden Lebensmitteln und Orten für körperliche Betätigung. Hinzu kommen ein sitzender Lebensstil und der Einfluss von Werbung für ungesunde Lebensmittel.

Eine aktuelle Studie des Nationalen Instituts für öffentliche Gesundheit (Instituto Nacional de Salud Pública / INSP) untersuchte Veränderungen in Ernährung und Gesundheit der Mexikaner\*innen in den letzten 120 Jahren. Von 1890 bis 1950 kämpfte das Land mit schwerer Unterernährung bei Kindern unter fünf Jahren und einer wenig abwechslungsreichen Ernährung mit geringer Nährstoffaufnahme. Laut INSP und der Nationalen Akademie für Medizin (Academia Nacional de Medicina / ANM) sind bis heute schätzungsweise 1,3 Millionen Kinder unter fünf Jahren chronisch unterernährt.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts nahm die extreme Armut ab, und steigende Einkommen führten zum gegenteiligen Problem: Ab den 1970er Jahren breitete sich die bis heute anhaltende Adipositas-Epidemie aus.

Eine höhere Kalorienzufuhr bedeutet jedoch nicht, dass die Menschen in Mexiko jetzt wohlhabend sind. Viele geben nicht zuletzt deshalb mehr Geld für kalorienreiche und nährstoffarme Lebensmittel aus, weil diese leicht zugänglich und günstig sind. Infolgedessen liegt der Verzehr von Gemüse, Obst, Hülsenfrüchten und Ölsaaten weit unter den empfohlenen Werten. Laut Studien der Autonomen Universität von Mexiko (UNAM) und des INSP stammen etwa 30 Prozent der Kalorienzufuhr in Mexiko aus hochverarbeiteten Produkten.

In den letzten 30 Jahren hat Adipositas bei Kindern und Jugendlichen um 120 Prozent zugenommen, wie eine Studie für die World Obesity Federation zeigt. Laut INSP und ANM gibt es in Mexiko schätzungsweise 14 Millionen Kinder und Jugendliche, die übergewichtig (Body-Mass-Index von mindestens 25 laut WHO) oder adipös (Body-Mass-Index von mindestens 30) sind. Neben den Gesundheitsschäden entstehen dabei auch

indirekte Kosten aufgrund von Produktivitätseinbußen und Lebenszeitverlust.

### Ernährungsumfelder und Einkommensungleichheit

Adipositas und Übergewicht sind in allen sozialen Schichten in Mexiko weit verbreitet. Offiziellen Schätzungen zufolge sind über 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung adipös oder übergewichtig, mit nur geringen Unterschieden zwischen ärmeren und reicheren Gruppen. Junkfood ist überall verfügbar und sein Konsum weitgehend normalisiert.

Der Zugang zu gesunden Lebensmitteln und einer abwechslungsreichen Ernährung variiert jedoch je nach Einkommen und sozioökonomischem Status. Ernährungswissenschaftler\*innen sprechen von „Lebensmitteloasen“ (*food oases*) oder „Lebensmittelsümpfen“ (*food swamps*). Lebensmitteloasen bieten eine vielfältige und nahrhafte Auswahl an Produkten, einschließlich Biolebensmitteln. In Mexiko gibt es sie vor allem in wohlhabenden Vierteln. Im Gegensatz dazu sind *food swamps* Umgebungen, die kaum Zugang zu gesünderen Lebensmitteln bieten und wo sich die Menschen diese mangels finanzieller Mittel auch nicht leisten können.



Auch in indigenen Dörfern wird JunkFood verkauft (© Sandra Schaftner)



Verkauf von Süßwaren in Mexiko-Stadt

Eine zwischen 2010 und 2020 in ärmeren Stadtvierteln im Großraum Valle de México durchgeführte Studie ergab, dass die Verbreitung von Convenience-Stores zum Anstieg der Probleme beiträgt. Die meisten Convenience-Stores in Mexiko bieten nährstoffarme, kalorienreiche und billige Lebensmittel an. Ein besorgniserregender Trend ist, dass auch Schulen zunehmend betroffen sind.

Dieselbe Studie fand heraus, dass Haushalte mit niedrigen Einkommen einen größeren Anteil ihres Gesamteinkommens für Lebensmittel ausgeben, aber nicht unbedingt für eine gesündere Ernährung. Haushalte mit höheren Einkommen investieren mehr in gesunde Ernährung, geben aber einen geringeren Teil ihres Gesamtbudgets für Lebensmittel aus. Laut Daten des *National Survey of Seasonal Household Income and Expenditure 2022* und der mexikanischen Gesellschaft für Markt- und Meinungsforschung hatten Haushalte mit niedrigen

Einkommen ein durchschnittliches Monatseinkommen von rund 260 US-Dollar und gaben davon zwischen 42 und 52 Prozent für Lebensmittel aus. Im Gegensatz dazu hatten die reichsten Haushalte ein durchschnittliches Monatseinkommen von rund 3.800 US-Dollar und gaben etwa 28 Prozent davon für Lebensmittel aus.

### Junkfood in der Schule

In den Schulen Mexikos haben Kinder und Jugendliche Zugang zu Junkfood, was die bereits ernste Übergewicht- und Adipositas-Epidemie verschärft. Eine landesweite Umfrage zu Schulessen ergab, dass neun von zehn Schulen täglich zuckerhaltige Getränke, Süßigkeiten und frittierte Speisen anbieten, während nur zwei Schulen Trinkwasser und natürliche Lebensmittel bereitstellen. 82,6 Prozent der Vorschulkinder und 93,6 Prozent der Schulkinder konsumieren zuckerhaltige Getränke. Dadurch nehmen Schulkinder im Durchschnitt mehr als 500 zusätzliche Kalorien zu sich.

Soziale Organisationen setzen sich dafür ein, den Zugang zu Junkfood in Schulen zu begrenzen. Nach einer im Dezember 2023 verabschiedeten Reform des Allgemeinen Bildungsgesetzes muss das Bildungsministerium neue Richtlinien herausgeben, um den Verkauf von und die Werbung für nicht-essenzielle Lebensmittel und Getränke in Schulen zu verbieten. Das Nationale Institut für öffentliche Gesundheit (Instituto Nacional de Salud Pública / INSP) schätzt, dass die Zahl der Fälle von Adipositas bei Kindern innerhalb eines Jahres um 500.000 gesenkt werden könnte, wenn diese Richtlinien effektiv umgesetzt werden.

Im Juni 2024 forderte die Alianza por la Salud Alimentaria, ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Fachleuten, die über die Adipositas- und Mangelernährungsepidemie im Land besorgt sind, das



Cola-Werbung in Mexiko-Stadt (scanudas/Flickr, CC BY 2.0)



FastFood in Tijuana (Felix Wong, CC BY 4.0)

Bildungsministerium auf, die Richtlinien vor Beginn des neuen Schuljahres 2024/2025 zu veröffentlichen. Das Bündnis schlägt außerdem vor, die Richtlinien um folgende Punkte zu erweitern:

- ein Verkaufsverbot von Junkfood in Schulen,
- die Verpflichtung von Schulen, gesundes Essen zu bezahlbaren Preisen anzubieten,
- Vorrang für die lokale Landwirtschaft bei den Schulessen,
- strukturierter Ernährungsunterricht,
- und ein garantierter Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen, angemessener Nahrung und einer gesunden Umwelt.

### Kollektive Verantwortung

Schätzungen des Nationalen Rates zur Bewertung der Sozialentwicklungspolitik (CONEVAL) zufolge hatten im ersten Quartal 2024 fast 36 Prozent der Mexikaner\*innen nicht genug Einkommen, um ihren Grundbedarf an Lebensmitteln zu decken. Die Kosten für Grundnahrungsmittel liegen in den Städten bei rund 126 US-Dollar pro Person und auf dem Land bei rund 98 US-Dollar. Entsprechend braucht eine vierköpfige Familie in der Stadt rund 507 US-Dollar pro Monat für den Lebensmittelbedarf, eine Familie auf dem Land etwa 390 US-Dollar. Die globale Inflation verschlimmert die Situation.

Ernährungssicherheit betrifft dabei nicht nur die Verfügbarkeit von Lebensmitteln, sondern auch deren Qualität. Laut Weltbank bedeutet Ernährungssicherheit, dass alle Menschen physischen, sozialen und wirtschaftlichen Zugang zu ausreichenden, sicheren und nährstoffreichen Nahrungsmitteln haben, die ihren täglichen Ernährungsbedürfnissen und -vorlieben entsprechen, um ein gesundes und aktives Leben führen zu können. In diesem Sinne steht Mexiko vor ernsthaften Herausforderungen. Obwohl bereits Programme zur Änderung von Gewohnheiten und Lebensstilen existieren, ist es entscheidend, dass Regierung und Gesellschaft gemeinsam die Verantwortung übernehmen, das Recht auf Gesundheit zu sichern. Dazu gehört, die Preise für gesunde Lebensmittel zu regulieren und genügend Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, damit jeder sich diese leisten kann.

*Pamela Cruz ist Direktorin von La Playa Centro Comunitario, einem Gemeindezentrum in Baja Sur, und strategische Beraterin bei MY World Mexico. Der Artikel erschien zunächst im Magazin „E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit“.*

## Landkonzentration in Ostdeutschland: Bedrohung für bäuerliche Selbstbestimmung und Ernährungssouveränität

von Annalena Herrmann

**Das Phänomen des Landgrabblings nimmt weltweit zu – nicht nur im globalen Süden, sondern auch in Deutschland, besonders in Ostdeutschland. Eine Untersuchung zur Landkonzentration im Landkreis Elbe-Elster in Brandenburg zeigt, wie kapitalstarke Investoren die Kontrolle über immer größere Agrarflächen gewinnen. Die Entwicklung gefährdet die bäuerliche Selbstbestimmung und die Ernährungssouveränität der Region. Um dem Konzentrationsprozess entgegenzuwirken, ist eine gerechtere Landpolitik notwendig. Diese sollte eine nachhaltige Landwirtschaft und eine regionale Beteiligung am Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen.**

Der Begriff Landgrabbing beschreibt die großflächige Aneignung von Land durch kapitalstarke Investor\*innen, welche die Konzentration von Land in wenigen Händen sowie eine Veränderung der Landnutzung mit sich bringt. Häufig wird Landgrabbing von Menschenrechtsverletzungen begleitet, indem Menschen von ihrem Land verdrängt werden und ihre Lebensgrundlage genommen wird.

Landgrabbing tritt allerdings nicht exklusiv im globalen Süden auf, sondern auch zum Beispiel in Ostdeutschland. Während das Phänomen hier nicht von Menschenrechtsverletzungen begleitet wird, führt die Entwicklung jedoch zu einer enormen Konzentration von Land in wenigen Händen. Neben dem allgemeinen Interesse an Land als Wertanlage werden Flächen dabei zunehmend für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien nachgefragt. Auf Grund des gesetzlichen Vorkaufsrechts für Landwirt\*innen ist ein Landkauf in großem Stil zwar nur möglich, wenn der Investor zunächst einen landwirtschaftlichen Betrieb erwirbt. Diese sogenannten Share Deals sind jedoch ohne jegliche Einschränkung möglich und müssen nicht gemeldet werden.

Die besondere landwirtschaftliche Struktur macht Ostdeutschland besonders attraktiv für Investitionen in Land. Der ländliche Raum dort ist von einer großstrukturierten Landwirtschaft geprägt. Anders als in Westdeutschland sind viele landwirtschaftliche Betriebe nicht in Familienbesitz, sondern in Form von Unternehmen organisiert (zum Beispiel GmbH und Genossenschaft). Zudem liegen die Bodenpreise – trotz eines starken Anstiegs – noch immer unter dem Westniveau.

**„15 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche werden von Investor\*innen bewirtschaftet.“**



Auf den sandigen Böden werden viele Tiere gehalten, hier eine Herde Mutterkühe

### Untersuchung im Landkreis Elbe-Elster

Für meine Masterarbeit habe ich die zunehmende Landkonzentration im brandenburgischen Landkreis Elbe-Elster untersucht. In dieser Region wird etwa die Hälfte der Fläche (88.636 Hektar) von insgesamt 364 Betrieben landwirtschaftlich genutzt. Mittels 19 Interviews in der Landwirtschaft, dem Agrarhandel und mit weiteren relevanten Akteur\*innen habe ich die Perspektiven vor Ort erfasst. Zudem führte ich eine quantitative Analyse der Eigentumsstrukturen landwirtschaftlicher Betriebe und von Solarflächen durch.

Die Ergebnisse zeigen eine hohe Landkonzentration: 22 Holdings, bestehend aus 63 Einzelbetrieben, kontrollieren 57 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Landes. Holdings stellen eine besondere Eigentumsform dar, bei der einzelne Betriebe zwar formal als separate Einheiten bestehen, aber gemeinsam verwaltet werden und damit die tatsächliche Landkonzentration verschleiern. Diese Form von Besitzkonsolidierung macht die Übernahme großer Betriebe leichter. Im Einzelnen haben sich dabei drei zentrale Mechanismen herauskristallisiert:

#### Betriebsübernahmen

15,42 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Elbe-Elster werden von Investor\*innen bewirtschaftet. In meiner Arbeit definiere ich diese als in anderen Branchen als der Landwirtschaft tätig und/oder als überregional aktiv. Die Investor\*innen in Elbe-Elster stammen aus unterschiedlichsten Branchen und sind regional, national oder international tätig. Während einige Betriebe schlecht gemanagt und schnell wieder verkauft werden, gibt es zwischen den meisten Betrieben im Besitz von Investor\*innen und Familienbetrieben kaum Unterschiede. Investor\*innen haben jedoch meist besseren Zugang zu Kapital, was ihnen einen Vorteil im Wettbewerb um Land verschafft. Außerdem sind sie oftmals besser in der Lage, eigenständig Solarprojekte umzusetzen oder profitable Verträge mit Stromanbietern auszuhandeln.

#### Solarparks und „Goldrausch“-Atmosphäre

In den Interviews wird von einer massiven Nachfrage nach Solarflächen berichtet, einem regelrechten „Goldrausch“. Für Solarparks pachten Investor\*innen auch landwirtschaftliche Flächen, was die Pachtpreise in die Höhe treibt und landwirtschaftliche Betriebe unter Druck setzt.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass Landwirt\*innen in Ostdeutschland mehr als zwei Drittel ihrer Flächen pachten. Während der Pachtpreis für landwirtschaftliche Nutzflächen im Landkreis Elbe-Elster bei 116 Euro pro Hektar liegt, bieten Solarunternehmen zwischen 3.000 und 4.000 Euro pro Hektar. Viele Landwirt\*innen können die hohen Pachtpreise nicht zahlen und verlieren ihre Flächen an die Solarindustrie. Selbst

wenn Landwirt\*innen von den Pachteinahmen profitieren, sind sie meist nicht direkt am Gewinn beteiligt (keiner der 39 Besitzer\*innen von Solarparks in Elbe-Elster ist Landwirt). 70 Prozent der Solaranlagen sind zudem in westdeutschem Besitz. Dies zeigt, dass die Gewinne des Solarbooms selten in der Region verbleiben.

Freiflächenanlagen für Photovoltaik sind mittlerweile ein zentraler Beweggrund, landwirtschaftliche Betriebe zu kaufen. Ein aktuelles Beispiel: Die Quarterback Immobilien AG hat ungefähr zeitgleich mit dem Kauf eines Betriebs in Elbe-Elster die Quarterback Energy GmbH gegründet, die mit einem Kredit von 125 Millionen Euro der Deutschen Bank Freiflächenanlagen bauen will.

**„70 Prozent der Solaranlagen sind in westdeutschem Besitz.“**

### Druck durch Verpächter\*innen

In den Interviews wurde wiederholt berichtet, dass Verpächter Landwirt\*innen drohen, Splitterflächen an andere zu verpachten, falls nicht sehr hohe Pachtpreise gezahlt werden. Landwirt\*innen riskieren dadurch, kleine Flächen inmitten eines großen Feldes zu verlieren, was die Bewirtschaftung erheblich erschwert.

Zudem wird Land oft an Nichtlandwirt\*innen verkauft. Zwar besteht ein Vorkaufsrecht für Landwirte, diese können aber die hohen Preise oft nicht aufbringen oder nicht nachweisen, dass sie auf das Land angewiesen sind. Diese Problematik hat bisher wenig Aufmerksamkeit erhalten, hat aufgrund der Vielzahl kleiner Transaktionen jedoch eine erhebliche kumulative Wirkung.



Eine von vielen PV-Freiflächenanlagen in Elbe-Elster



Protestbotschaften prägen das Bild in Elbe-Elster

### Empfehlungen für eine gerechtere Landpolitik

Die Landwirtschaft in Ostdeutschland ist durch Bürokratie, Fachkräftemangel, hohe Investitionen und zunehmenden Wettbewerb um Land geprägt. Diese Herausforderungen führen zu weiterer Landkonzentration, da sich viele Landwirt\*innen gezwungen sehen, mit Investoren zu kooperieren, um ihren Betrieb zu sichern. Aus diesem Grund sind viele landwirtschaftliche Betriebe mittlerweile auch offener für zusätzliche Einkommensmöglichkeiten, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien.

Insgesamt zeigt die Untersuchung, dass die Landkonzentration in Ostdeutschland zu einer Änderung der Besitzverhältnisse führt – insbesondere zu Gunsten großer Holdings und externer Investor\*innen. Des Weiteren verändert sich die Landnutzung, da immer mehr Freiflächenanlagen gebaut werden. Dies ist vor allem problematisch, da die Landwirt\*innen nicht an den Energieprojekten beteiligt werden. Um die bäuerliche Selbstbestimmung zu sichern und die regionale Ernährungssouveränität zu schützen, werden daher Maßnahmen zur Preisregulierung und zur Förderung der lokalen Landwirtschaft benötigt.

Dringend notwendig ist ein rechtlicher Rahmen, der es Landwirt\*innen ermöglicht, ihre Betriebe nachhaltig und unabhängig von den Interessen der Finanzmärkte zu führen. Auf Landesebene gab es in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Brandenburg bereits einige erfolglose Versuche, Share Deals zu regulieren.

Neben der Regulierung des Bodenmarktes spielt der Ausbau erneuerbarer Energien eine zentrale Rolle. Dieser sollte stärker an regionalen Bedarfen und Beteiligungsmöglichkeiten ausgerichtet sein, damit die Gewinne und Vorteile der Solarprojekte den betroffenen Gemeinden zugute kommen. So könnte der ländliche Raum in Ostdeutschland langfristig ökologisch und ökonomisch gestärkt werden.

*Annalena Herrmann hat in Lund, Schweden ihren Master in International Development and Management absolviert. Davor hat sie in Amsterdam Politikwissenschaften studiert. Der Artikel fasst die Ergebnisse ihrer Masterarbeit zusammen. Die vollständige Arbeit online: <http://lup.lub.lu.se/student-papers/record/9169057>*

## 1525 bis 2025: Von der Allmende zum Eigentum von Florian Hurtig und Friederike Habermann

**Der Deutsche Bauernkrieg stand im Zeichen des Umbruchs von der Logik der Allmende hin zu Markt und Eigentum. Diese Entwicklung bildete sich fort in der Kolonialisierung und bildet die Grundlage heutigen Hungers. Die „Zwölf Artikel von Memmingen“ vom März 1525 waren die zentralen Forderungen der aufständischen Bauern. Sie verlangten das Ende der Leibeigenschaft, gerechte Abgaben und das Recht auf Nutzung von Gemeindeland, Wäldern und Gewässern. Zudem forderten sie eine Begrenzung von Frondiensten sowie das Recht, sich gegen ungerechte Herrschaft zu wehren.**

Es sind nun genau 500 Jahre, dass sich ein Großteil der Bevölkerung erhob gegen die steigende Ausbeutung durch jene, die sich als ihre „Herrschaften“ verstanden. Vom Schwarzwald ausgehend über den Bodensee hinaus bis zum Harz eroberten die überwiegend bäuerlich Lebenden Klöster und Burgen – nicht zuletzt, um dort lagernde Schuldscheine zu verbrennen, die sich aus steigenden Pachten ergeben hatten. Bis in den Mai 1525 hinein kapitulierten viele Städte kampfflos. Nicht selten wurden von diesen anschließend Verordnungen verfasst, die ihre Rechte auf Wald- und Landnutzung sowie auf ihre dörfliche Selbstverwaltung regelten – wie es zuvor jahrhundertlang der Fall gewesen war. Die „12 Artikel von Memmingen“ sind nur die berühmtesten davon.

Die gestiegene Ausbeutung lag nicht einfach an der steigenden Gier des herrschenden Adels. Es war die Zeit, in der sich – beginnend als Handelskapitalismus – die Marktwirtschaft ausformte. Und die damit den Umbruch vom Mittelalter zur Neuzeit darstellt. Der bis zur Französischen Revolution größte Aufstand auf europäischem Boden war die Reaktion darauf. Denn unterhalb der feudalen Herrschaft war das bäuerliche Leben des Mittelalters von „Commons-Logiken“ durchzogen: Das Land war Allmende. Eigentum im modernen Sinne existierte nicht. Besitz existierte, denn wer etwas bebaute, der hatte auch ein Recht darauf. Über Besitz hinausgehende Aneignung durch Ritter und Raubritter existierte ebenfalls, doch diese wurde begründet durch Religion und im Zweifel abgesichert durch Gewalt. Das angebliche Schutzverhältnis mit dem eigenen Adel stellte im Wesentlichen nur noch den Schutz vor der Eroberung

durch eine andere Herrschaft dar – die Zeit der Einfälle durch Ungarn oder Waräger war lange vorbei. Für die Bäuerlichen machte es kaum einen Unterschied, wer sie ausbeutete.

Die Bäuerlichen drückten in ihren Forderungen – und auch in ihrer eigenen Organisation – die bis dahin vorherrschende Logik der Allmende aus. Das betraf nicht nur – wie heute vielfach angenommen – eine gemeinschaftliche Weidefläche im Dorf. Allmende war Alltag. In Dorfversammlungen wurde über den Anbau gemeinschaftlich entschieden, das Land teilweise auch gemeinsam bestellt, teilweise rotierte der Landbesitz sogar. Trotz zunehmenden Frondiensten und Abgaben konnten die Bäuerlichen sich aus weiten Teilen des Landes frei ernähren.

### UFFRUR! Utopie und Widerstand im Bauernkrieg 1524/25

Große Landesausstellung des Landesmuseums Württemberg im Rahmen von „500 Jahre Bauernkrieg“

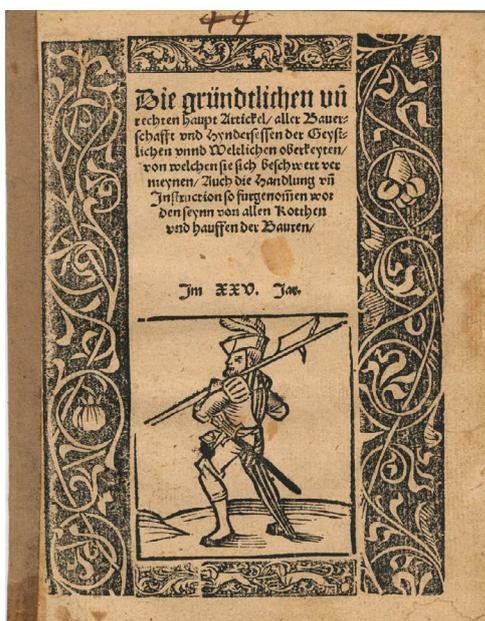
**26.4. – 5.10.2025 im Kloster Schussenried**  
[www.bauernkrieg-bw.de/uffrur-ausstellung](http://www.bauernkrieg-bw.de/uffrur-ausstellung)

### Eigentum erlaubt die Wegnahme von Besitz

Wogegen sie sich wehrten, lässt sich zugespitzt ausdrücken als: Eigentum. Dieser uns heute so selbstverständliche Begriff hat es in sich. Die heutige deutsche juristische Sprache unterscheidet – anders als zumeist die alltägliche – „Besitz“ und „Eigentum“. Um es zu verbildlichen: Ein Mieter ist Besitzer seiner Wohnung, denn Besitz konstituiert sich über Gebrauch. Die Vermieterin ist dessen Eigentümerin. „Eigentum“ beinhaltet im Gegensatz zu „Besitz“ zwei zusätzliche Rechte: Erstens das Recht, andere von der Nutzung einer Sache auszuschließen, auch wenn man selbst sie nicht braucht. Zweitens das Recht, diese zu zerstören.

Für die Durchsetzung des Eigentumgedankens wurde vom Adel auf das Konzept des *dominium* zurückgegriffen, das im Kontext des Römischen Reichs entstanden war. Denn die Vorstellung unumschränkter Verfügungsgewalt entstammt der Sklaverei. *Dominium* taucht auch dort erst gegen Ende der Republik auf: um die Zeit, als Hunderttausende von Gefangenen als Zwangsarbeitende nach Italien kamen. Diese begriffliche Innovation war notwendig geworden, um das faktische Recht des patriarchalen Haushaltsvorstands, des *pater familias*, die von ihm versklavten Menschen töten zu dürfen, juristisch zu fassen. Denn Besitz durfte bis dato auch in Rom nicht zerstört werden.

Es dauerte jedoch noch rund tausend Jahre, bis diese Vorstellung unumschränkter Verfügungsgewalt Westeuropa voll durchdrang. Für die Herrschenden war es ein verlockendes Konzept. Mit Land als *dominium* wurde es möglich, Pacht von



Zwölf Artikel, Titelholzschnitt, Forchheim 1525  
 (© Haus der Geschichte Baden-Württemberg)

den Bäuer\*innen zu verlangen, ohne dies nach Raub aussehen zu lassen. Zwar gab es auch schon in Mesopotamien, Ägypten und Griechenland Modelle, bei denen Land gegen eine Abgabe oder eine Form von Arbeit zur Verfügung gestellt wurde, doch legte erst der römische Eigentumsbegriff die Grundlage für einen Anstrich von Legitimität.

In England war die Entwicklung am deutlichsten: Bäuerliche, die weniger produktiv waren, zum Beispiel da sie nur wenig Land und für den Eigenbedarf anbauten, gerieten durch die Pacht in eine Schuldenspirale und verloren auf diese Weise ihre Lebensgrundlage. Indem mehr Land unter diese ökonomische Ordnung geriet, hatten zunehmend jene einen Vorteil, die durch die Erhöhung ihrer eigenen Produktivität (und die Ausweitung ihres Absatzmarktes) wettbewerbsfähig produzieren und gut zahlen konnten. Diese bekamen Zugang zu noch mehr Land, während andere die von ihnen bebauten Äcker ganz verloren.

Eigentum erlaubt das Wegnehmen von Besitz. Gut nachzuvollziehen ist das bei John Locke, der als Theoretiker des Eigentums gilt. In seiner „Zweiten Abhandlung über die Regierung“ von 1690 nimmt er als Ausgangspunkt seiner Überlegungen zu Eigentum und den Menschenrechten die demokratischen Grundwerte aus dem englischen Bürgerkrieg von 1648, insbesondere der als frühdemokratische Bewegung bezeichneten Levellers: die Ablehnung von Gwalt Herrschaft und Sklaverei (die damals noch nicht rassistisch organisiert war), Gleichheit sowie das Verständnis, dass die Erde allen Menschen gemeinsam gegeben sei. Zusätzlich greift Locke zurück auf den schon bei Thomas Hobbes angenommenen Naturzustand von Freien und Gleichen – als atomisiert lebende Individuen. Daraus leitet er ab, der Mensch als Gattungswesen sei in dreifacher Hinsicht Eigentümer: 1. seiner eigenen Person, 2. seiner Güter und 3. seiner Freiheit. Dieses Eigentum zu erhalten und zu verteidigen sei



Bauernhaufen 1525 (Rudolf Schiestl, 1922)

etwas sterben muss für unsere Ernährung, nie mehr als für den (gemeinschaftlichen) Bedarf zu nehmen. Locke weigert sich, solche Ethnien überhaupt als Gesellschaften anzuerkennen. Eine solche besteht für ihn nur dort, wo eine politische Autorität das von ihm definierte „Naturgesetz“ durchsetzt – die Logik der bürgerlichen Gesellschaft. Diese besagt, wer seine Produktivität nicht durch auf den Markt gebrachten Überschüsse beweist, verliert sein Recht auf das Land – es war genau diese Logik, welche jahrhundertlang die Kolonialisierung rechtfertigte.

### Grundlage für heutigen Hunger

Zurück zum Bauernkrieg: Es war keineswegs ausgemacht, dass die Bäuerlichen am Ende militärisch unterlegen sein würden. Nachdem der Adel in hunderten Fällen nicht einmal seine Burgen verteidigen konnte, sah er als einzige Chance, ein Söldnerheer aufzustellen und es mit überlegener Waffentechnik auszustatten. Es war der Fürsten Glück – und der Bauern Pech –, dass es einen sehr, sehr reichen Mann gab – sein geschätztes Vermögen auf heute umgerechnet: 358 Milliarden Euro –, der noch dazu eine eigene Kanonenfabrik betrieb und selbst um seine eigenen Besitztümer zittern musste. Jakob Fugger nannte die Bäuerlichen „faules Gesindel“ und warf ihnen vor, „sie wollen reich sein, ohne sich anzustrengen“. Er wurde zum enthusiastischen Finanzier der Aufstandsbekämpfung durch die Aufstellung eines Söldnerheeres.

Die Folgen der bäuerlichen Niederlage sind immens: Zunächst wurden die Menschen von ihrem Land vertrieben, das eingezäunt nun als Eigentum des Adels galt. Später mussten sie in den Fabriken der Kapitalbesitzenden für ihren Lebensunterhalt schuften. So ist die aus Eigentum abgeleitete Logik, dass Lebensmittel und alles andere dorthin gehen, wo das Geld ist, nicht dorthin, wo Hunger und anderer Mangel herrscht, seit Mitte des 19. Jahrhunderts elementare Grundlage einer globalisierten Marktwirtschaft. Dieser Hunger entsteht nicht zuletzt, weil bis heute – und sei es durch EU-Programme wie „Everything but arms“ – Besitzrechte an angestammtem Boden oder zunehmend auch Saatgut und vielem anderen durch Eigentumsrechte von Investoren gebrochen werden.



Bauern bei der Heuernte, Glasmalerei, Nürnberg, 1530-40  
(© Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg, Foto: M. Runge)

das „Naturgesetz“. Zu „Eigentum fähig“ und damit berechtigt war für ihn jedoch nur, wer Überschüsse auf dem Markt anbot. Diese Logik traf auf Ethnien, die – wie Robin Wall Kimmerer in „Geflochtenes Süßgras“ beschreibt – sich der „ehrenhaften Ehre“ verschrieben hatten: Im Bewusstsein darüber, dass immer

*Friederike Habermann ist Ökonomin, Historikerin und Autorin; zuletzt erschienen: Overcoming Exploitation and Externalisation (Routledge 2024). Florian Hurtig ist Agroforstdesigner, solidarischer Obstbauer und Autor; zuletzt erschienen: 500 Jahre Bauernkriege (Mandelbaum 2025).*

## Dekoloniales Lernen bei FIAN: Ein gemeinsamer Weg

von Friederike Diaby-Pentzlin, Lieselotte Heinz und Barbara Lehmann-Detscher

**Die Thematisierung von und Auseinandersetzung mit Rassismus und kolonialer Vergangenheit wird zurzeit vor allem von der jungen Generation vorangetrieben. Rassismus lässt sich ohne den Kolonialismus nicht erklären. Dieser aber war lange Zeit durch das schreckliche Kapitel des Nationalsozialismus verdeckt. Die heutige Entwicklung ähnelt der von 1968, als die damals junge Generation die nationalsozialistische Vergangenheit zum Thema machte. Damals kamen erste Forderungen und Theorien aus dem akademischen Milieu und stießen auf abwehrende Reaktionen.**

Bei der Beschäftigung mit Rassismus ist es – auch bei FIAN Deutschland – ähnlich. Dabei geht es nicht darum, ob wir rassistisch sind. Im Mittelpunkt steht vielmehr die Frage, ob wir als Organisation noch mit rassistischen Narrativen arbeiten und wie wir uns davon lösen können. FIAN ist bereits im Kern seiner inhaltlichen Arbeit zu den extraterritorialen Aspekten von Freihandel, Saatgut, Landgrabbing, Lieferkettengesetz oder Rohstoffextraktion dekolonial nicht schlecht aufgestellt. Es geht jedoch nicht nur darum, mit welcher Intention wir eine Botschaft senden. Auch unsere Bildsprache und Wortwahl dürfen keine rassistischen Stereotypen und kolonialen Sichtweisen reproduzieren. Ganz konkret: Was drücken Bilder zu Artikeln im FoodFirst aus? Verfestigen wir unterbewusst diskriminierende Zuschreibungen? Und vor allem: was macht das mit Menschen mit Rassismus-Erfahrungen? Fühlen sie sich dadurch verletzt? Der dekoloniale Ansatz muss auch nach außen sichtbar sein.

### Dekoloniale Ansätze in Gesellschaft und Politik

Das Thema gewinnt allerorten an Bedeutung. So geht der Dank der deutschen Buchpreisträgerin 2024 Martina Hefter am Ende ihrer Rede an jemandem, „mit dem ich mich über den gesamten Entstehungsprozess des Romans über das Thema Rassismus ausgetauscht habe und der meinen Text im Rahmen eines *Sensitivity Readings* mit so klugen und aufmerksamen Anmerkungen begleitete und mich auf verborgene Machtgefälle und Diskriminierungen aufmerksam machte, die mir selbst nicht bewusst waren.“

Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) greift Kolonialität und koloniale Kontinuitäten prominent auf, ohne komplizierte Theorien: Es bestehen tiefe Spuren des europäischen Kolonialismus bis heute und es braucht einen Lernprozess, um anhaltende Machtgefälle und rassistische Strukturen zu überwinden. Zu Beginn gehe es deshalb um Kommunikation und Sprache des Ministeriums sowie um die Sensibilisierung und Diversifizierung von Mitarbeitenden.

### Wie viel Bereitschaft gibt es für Veränderung? Ein Workshop-Rückblick

Innerhalb von FIAN fördert der Arbeitskreis (AK) Dekolonial diesen Prozess: Ende Januar 2025 fand deshalb der erste „Mitgliederworkshop Anti-Ra“ statt. In vorbereitenden Onlinetreffen wurden die Wünsche geäußert, koloniale Kontinuitäten in Strukturen und im eigenen Denken besser erkennen zu können und den (selbst-)kritischen Umgang damit zu erlernen. Aber auch Fragen wie „Wie kann ich das Thema anbringen, ohne auf Ablehnung zu stoßen?“, „Wie können wir Diversität bei FIAN fördern?“ oder „Was denken andere FIAN-Sektionen und Betroffene aus dem Globalen Süden darüber?“ äußerten die

Teilnehmenden im Vorfeld. Im Workshop selbst wurden dann neben Stimmen der Entschlossenheit für den gemeinsamen Lernprozess auch unterschiedliche Wissensstände und eine gewisse Zurückhaltung gegenüber neuen Lernerfahrungen deutlich. Wir merken, dass der Weg hin zur Einnahme einer dekolonialen Perspektive bei FIAN noch mehr Wissen, kritische Reflexion und Austausch benötigt.

### Zuhören, einbinden, verändern: Die nächsten Schritte

Und so markiert dieser Workshop noch immer einen Anfang. Der AK Dekolonial möchte zusammen mit allen Mitgliedern und dem Team der Geschäftsstelle den begonnenen Weg weiter gehen. Ziel des AK ist es, Interessierte mitzunehmen und Zögernde zu überzeugen. Um nicht als „vereinnahmend“ wahrgenommen zu werden, wollen wir zukünftig die geäußerten Wünsche und die Erwartungen in der Arbeit des AK stärker aufgreifen. Wir freuen uns über alle Anregungen aus der Mitgliedschaft, wie konkrete Handlungsoptionen für die gemeinsame dekoloniale Arbeit von FIAN aussehen kann.



Der leere Sockel der Edward Colton Statue in Bristol nachdem Protestierende die Statue umgeworfen hatten. Edward Colton war am Handel mit versklavten Personen beteiligt (Caitlin Hobbs, CC BY 3.0)

## FIAN Kontakt

FIAN Deutschland • Gottesweg 104 • 50939 Köln • Tel.: 0221-474491-10 • Fax 0221-474491-11 • [info@fian.de](mailto:info@fian.de) • [www.fian.de](http://www.fian.de)

### Geschäftsstelle

**Almudena Abascal**, Fallarbeit Lateinamerika  
[a.abascal@fian.de](mailto:a.abascal@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-13

**Jan Dreier**, Lobbying Recht auf Nahrung  
[j.dreier@fian.de](mailto:j.dreier@fian.de), Tel.: 0221-474491-10

**Gertrud Falk**, Jahresthema, Bildungsarbeit, Gender, Multiplikator\*innen, Pressekontakte  
[g.falk@fian.de](mailto:g.falk@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-15

**Sandra Falkenau**, Finanzverwaltung  
[s.falkenau@fian.de](mailto:s.falkenau@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-14

**Marian Henn**, Lateinamerika, Bildungsarbeit  
[m.henn@fian.de](mailto:m.henn@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-10

**Roman Herre**, Landwirtschaft, Landkonflikte, Welternährung, [r.herre@fian.de](mailto:r.herre@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-13

**Stephanie Janke**, Öffentlichkeitsarbeit, Webseite  
[s.janke@fian.de](mailto:s.janke@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-10

**Barbara Lehmann-Detscher**, Spenden, Mitgliedschaft, Fundraising, Bildungsarbeit  
[b.lehmann-detscher@fian.de](mailto:b.lehmann-detscher@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-16

**Philipp Mimkes**, Geschäftsführung, Fallarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion FoodFirst  
[p.mimkes@fian.de](mailto:p.mimkes@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-20

**Nina Uretschläger**, Öffentlichkeitsarbeit, Webseite  
[n.uretschlaeger@fian.de](mailto:n.uretschlaeger@fian.de), Tel.: 0221-474491-10

### FIAN-Beirat

**Prof. Dr. Remo Klinger**, Rechtsanwalt und Honorarprofessor der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

**Christine von Weizsäcker**, Biologin, Vorsitzende Ecoropa

**Wolfgang Kaleck**, Menschenrechtsanwalt, Generalsekretär ECCHR

**Prof. Dr. Maria Müller-Lindenlauf**, Agrarwissenschaftlerin mit Fachgebiet Agrarökologie (Hochschule Nürtingen-Geislingen)

**Prof. (em) Dr. Franz Segbers**, Sozialethiker

**Prof. Dr. Stefan Selke**, Soziologe (HAW Furtwangen)

**Dr. Brigitte Hamm**, Politikwissenschaftlerin, ehem. Institut für Entwicklung und Frieden (Uni Duisburg)

**Dr. Rainer Huhle**, Politologe, ehem. Mitglied UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, Vorstand Nürnberger Menschenrechtszentrum

**Prof. (em) Dr. Hanns Wienold**, Soziologe, Ernährungsexperte für Lateinamerika und Südasi

**Prof. Dr. Anne Lenze**, Sozialrechtlerin (Hochschule Darmstadt)

**Dr. Steffen Kommer**, Jurist, Autor „Menschenrechte wider den Hunger“

### FIAN Lokalgruppen

**Berlin**, Maren Staeder, [info@fian-berlin.de](mailto:info@fian-berlin.de)

**Kontakt Hamburg**: Heiko Hansen, [heiko.hansen@mailbox.org](mailto:heiko.hansen@mailbox.org)

**Heidelberg**, Charlotte Dreger, [charlottedreger@posteo.de](mailto:charlottedreger@posteo.de)

**Köln**, [fian\\_rheinland@web.de](mailto:fian_rheinland@web.de)

**Marl**, Klaus-Dieter Hein, [kghein@t-online.de](mailto:kghein@t-online.de)

**München**, Arne Klevenhusen, [fian@muenchen-mail.de](mailto:fian@muenchen-mail.de)

**Münsterland**, Kontakt: [info@fian.de](mailto:info@fian.de)

**Rhein-Ruhr-Wupper**, Wolfram Boecker, [wboecker@email.de](mailto:wboecker@email.de)

**Tübingen**, Harald Petermann, [fian-tuebingen@web.de](mailto:fian-tuebingen@web.de)

### FIAN Arbeitskreise

**AK Agrar**, Roman Herre, [r.herre@fian.de](mailto:r.herre@fian.de)

**AK Bildung**, Barbara Lehmann-Detscher, [b.lehmann-detscher@fian.de](mailto:b.lehmann-detscher@fian.de)

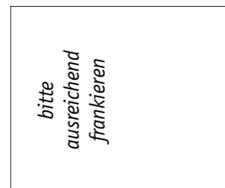
**AK Dekolonial**, Kontakt: [info@fian.de](mailto:info@fian.de)

**AK Gender**, Gertrud Falk, [g.falk@fian.de](mailto:g.falk@fian.de)

**AK Jura**, Janina Reimann, [janina.reimann@t-online.de](mailto:janina.reimann@t-online.de)

**Fallarbeitsgruppe Ecuador**, Sini Bodemer, [sini.bodemer@fian-berlin.de](mailto:sini.bodemer@fian-berlin.de)

**Team Fallarbeit**, Philipp Mimkes, [p.mimkes@fian.de](mailto:p.mimkes@fian.de)



**FIAN Deutschland e.V.**  
**Gottesweg 104**  
**50939 Köln**

Name  
Straße  
PLZ/Ort  
Telefon  
E-Mail  
Geburtsdag (für Statistik)

Bitte tragen Sie Ihre vollständige Anschrift ein, für die Angabe einer E-Mail-Adresse und/oder Telefonnummer wären wir Ihnen sehr dankbar. Ihre Daten werden nicht weitergegeben und nur zu vereinsinternen Zwecken verwendet!



www.fian.de



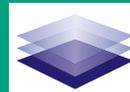
fiandeutschland



fian\_deutschland



fiangermany



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft

Ist Ihre Anschrift noch aktuell? Teilen Sie uns Änderungen bitte rechtzeitig mit!

ISSN 1611-5880

## Termine

- 4. April** **Pluriversum: Stimmen aus aller Welt, Diskurse für eine gerechte Zukunft“, Köln**
- 4.-6. April** **FIAN-Jahresversammlung, JH Frankfurt a.M.**
- 1. – 3. Mai** **FIAN beim Evangelischen Kirchentag in Hannover**
- 23. – 25. Mai** **Seminar für Multiplikator\*innen: Planspiel zu Menschenrechten und Klimaschutz, JH Bonn**
- 19. – 21. Sept.** **Naturschutz postkolonial – was Schutzgebiete in Afrika mit Kolonialismus und Menschenrechten zu tun haben, Ev. Akademie Hofgeismar**

Informationen zu Anmeldung und Anfangszeiten: [info@fian.de](mailto:info@fian.de)

Der inhaltliche Schwerpunkt zu Agrarökologie wurde mit Unterstützung von Brot für die Welt erstellt.

Gefördert durch:



### Ich möchte FIAN-Mitglied werden

Die Mitgliedschaft beinhaltet die Zusendung des FoodFirst-Magazins

Mein Jahresbeitrag:  60 Euro  120 Euro  \_\_\_\_\_ Euro

### Ich möchte meinen Beitrag erhöhen

Ab dem \_\_\_\_\_ erhöhe ich meinen Beitrag um \_\_\_\_\_ Euro pro Monat.

### Ich möchte das FoodFirst abonnieren

als  Druckexemplar  pdf-Abo an:

E-Mail \_\_\_\_\_

Abo-Jahresbeitrag: (Bei Auslandsversand zzgl. 10 Euro)

15 Euro Standardabo  30 Euro Förderabo

### Ich erteile FIAN eine Einzugsermächtigung

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige FIAN Deutschland e.V., Gottesweg 104, 50939 Köln, Gläubiger-Identifikationsnummer DE2ZZZ00000081635, wiederkehrende Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von FIAN Deutschland e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Meine Zahlungsweise:

jährlich  halbjährlich  vierteljährlich  monatlich

KontoinhaberIn \_\_\_\_\_

Kreditinstitut (Name und BIC) \_\_\_\_\_

IBAN: DE \_\_ | \_\_\_\_ | \_\_\_\_ | \_\_\_\_ | \_\_\_\_ | \_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

## Impressum

Herausgeber: FIAN Deutschland e.V.

Tel.: 0221 – 474491-10 • Fax 0221 – 474491-11

www.fian.de • [info@fian.de](mailto:info@fian.de)

**Ausgabe 01/2025 • Erscheinungsdatum: März 2025**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Jan Dreier, Philipp Mimkes

V.i.S.d.P.: Philipp Mimkes

Layout: Silvia Bodemer

Lektorat: Philipp Mimkes

Fotos: © FIAN oder s. Bildunterschrift

Titelbild: La Via Campesina 20 year anniversary conference, Indonesia (Flickr, CC BY 2.0)

Druck: Basisdruck GmbH, Duisburg, auf 100% Recyclingpapier

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr

Druckauflage: 1.700 • Einzelpreis: 4,00 Euro Schutzgebühr

Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten

Abonnement: 15,- Euro Standardabo, 30,- Euro Förderabo

Auslandsversand: zzgl. 10,- Euro

Die Weiterverwendung der veröffentlichten Textbeiträge (ohne Fotos) ist mit Angabe der Quelle gestattet. Freigabe vorab unter: [info@fian.de](mailto:info@fian.de)

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2025.

**Spendenkonto FIAN Deutschland:**

**GLS-Bank Bochum**

**IBAN: DE84 4306 0967 4000 444400 • BIC: GENODEM1GLS**